

# Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter im Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben  
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Donnerstag  
Bezugspreis: Vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark  
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantwortl. Redakteur: Fr. Krieger, Berlin-Nichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Postfach 2467  
Druck: Vorwärts-Druckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inspektionspreis:  
die sechsgehaltene Botenzeitung 40 Pfennig, für Mitglieder 2 Pfennig  
Schluss für Inserate: Montag früh 8 Uhr

## Arbeiterferien!

Wir leben in einem Zeitalter der Nervosität. Wenn man in den alten Zeiten die Nervosität als eine Krankheit der reichen Leute betrachtete, so wird wohl heute das nicht mehr stimmen. Die Zahl der Nervenkranken unter der arbeitenden Bevölkerung hat in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen. Diese Erscheinung hängt mit der gesamten Umwandlung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zusammen. Besonders deutlich tritt diese Umwandlung auf, wenn man die Arbeits- und Lebensverhältnisse des Mittelalters zum Vergleich heranzieht. Erstens war die Arbeit nicht so intensiv wie in der modernen Zeit. Der Meister arbeitete zusammen mit seinen Gefellen, und es lag in seinem eigenen Interesse, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen. Heute liegen die Verhältnisse ganz anders. Der Krustherr oder der Aktionär lebt und arbeitet (wenn sie überhaupt arbeiten!) nicht zusammen mit den Arbeitern. Diese Herren spüren von den schlechten Arbeitsbedingungen ihrer Arbeiter nichts.

Auch war die Arbeitsfreude eine viel größere als in der modernen Zeit. Im Mittelalter hatte der Geselle ein ganzes Produkt zu machen. Er war über das Resultat seiner Arbeit stolz, denn das Produkt war seine eigene Schöpfung von Anfang bis zu Ende. Anders liegen die Verhältnisse beim modernen Arbeiter. Der Arbeiter sieht nicht das Produkt seiner Arbeit, denn das Produkt seiner Arbeit ist nur irgend ein Teilchen eines Gegenstandes. Das ganze muß erst eine Anzahl Hände passieren, ehe es gebrauchsfähig wird. Die moderne, streng durchgeführte Arbeitsteilung hat die eintönige, sinnlose Arbeit geschaffen, die eine große Gefahr für die geistige Ausbildung der Arbeiter bedeutet. Auch für den Gesundheitszustand der Arbeiter ist die Arbeitsteilung von großem Nachteil. In einer Agitationschrift des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom Jahre 1906 wurde folgende Schilderung des Arbeitsprozesses gegeben:

Durch zusammengepreßte Luft werden kleine Maschinen in Tätigkeit gesetzt, deren rotierende Bewegung zum Bohren, oder schlagende Bewegung zum Stemmen, Nieten, Meißeln usw. ausgenutzt wird. Beim Nieten und Stemmen macht der Kolben in der Minute Hunderte von Schlägen und natürlich muß, um den Meißel oder den Stemmer oder beim Nieten den Kopfheber wirken zu lassen, der Apparat gegen die zu bearbeitenden Gegenstände gedrückt werden. Der Rückschlag wird nun von den Armen zunächst aufgefangen und von da aus auf den ganzen Körper übertragen. Wenn diese Durchdrückung und Durchschüttelung des Körpers tagelang, wochenlang, monatelang erfolgt, ist es ganz erklärlich, daß dies schädigend auf den Körper wirken muß.

Um diesen schädlichen Wirkungen der modernen Arbeitsweise entgegenzutreten, entstanden die Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit. Aber in der letzten Zeit begnügte man sich nicht mehr damit, daß der Arbeiter einen kürzeren Arbeitstag hat; man ist bestrebt, dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, sich während einiger Zeit ganz auszuruhen.

Diese Ferien erweisen sich bei näherer Betrachtung ebenso nützlich wie notwendig. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1910 von 13 619 048 Versicherten 42 Proz. im Durchschnitt je 20 Tage im Jahre krank waren, daß sich die Gesamtkosten auf 357 468 396 M. beliefen, daß auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes im Jahre 1910 an 1 152 935 Personen 187 004 000 M. ausbezahlt wurden, so drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob man nicht durch Gewährung von Ferien den größten Teil dieser Kosten sparen könnte. Ganz gewiß kann die Ferienbewilligung dazu beitragen, daß die Gesundheit der Arbeiterbevölkerung erhalten und gefördert wird. Wir geben hier die Meinungen zweier Ärzte wieder.

Ein praktischer Arzt Dr. Friedrich Keller urteilt darüber in einer Schrift, die sich besonders mit den Nervenkrankheiten befaßt, wie folgt:

Die großen sozialen Versicherungsvereinigungen geben jährlich Millionen zur Bekämpfung der Tuberkulose aus. Würden sie Arbeiterferien und Arbeiterurlaub ermöglichen,

so würden sie nicht nur vorbeugend gegen Nervenleiden, sondern auch gegen die Tuberkulose wirken; denn die Kräftigung des Körpers und seiner Organe wappnet den unter ungünstigen Verhältnissen lebenden Menschen nicht nur gegen Nerven-, sondern auch gegen Lungenerkrankungen und andere Gefährdungen.

Ein anderer Arzt, Dr. med. Alfons Fischer, schreibt in der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“ zu der Ferienfrage:

„Es gibt, wie jeder in der Praxis stehende Arzt bestätigen wird, eine Reihe von Krankheitszuständen, in denen jedes Mittel versagt, wofür nicht eine Luftveränderung Platz greift. Es sind dies gewöhnlich nicht die schweren, mit ganzer Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungen. Bei Malaria, Blutarmut, Nervosität, Erkrankungen der Atmungsorgane und andere mehr, also bei Krankheiten, die zumeist zu einer unmittelbaren Arbeitsunterbrechung nicht führen, aus denen aber, wenn nicht rechtzeitig die erforderlichen Gegenmaßnahmen getroffen werden, tiefergreifende Uebel sich entwickeln können, da wird von Krankenkassen und Arbeitgebern jetzt vielfach schon die Uebertreibung an einen Punkt herangeführt.“

Aber man sollte nicht abwarten, bis eine Erkrankung sich zeigt. Es weiß wohl gerade jeder, daß die Krankheitsverhütung mehr wert ist als die Heilung. Der größte Teil der Erwerbstätigen ist heutzutage einer Summe von Gesundheitsschädigungen durch seinen Beruf ausgesetzt. Dies gilt insbesondere für solche Personen, die mit giftigen Stoffen in Berührung kommen und die angreifenden Gasen oder widerlichen Gerüchen ausgesetzt sind; es trifft aber auch für alle diejenigen zu, die viel Staub, sei es Stein- oder Mehlstaub, einatmen müssen, die zu wenig Zeit für eine tägliche Erholung in frischer Luft oder für sportliche und der Gesundheit dienende Betätigung finden. Bei diesen nach Millionen von Personen zählenden Bevölkerungsschichten darf man, wenn man auf das Wohl des einzelnen wie des Volksganzen bedacht sein will, nicht erst die Zeit herantommen lassen, wo eine Erkrankung in die Erscheinung tritt. Hier heißt es rechtzeitig vorbeugen. Und das wirksame Mittel für eine prophylaxe in dieser Richtung ist ein alljährlicher Erholungsurlaub.

Bemerkt sei jedoch, daß Ferien von nur zwei bis drei Tagen so gut wie ganz zwecklos, ja bisweilen sogar schädlich sind. Was soll ein Angestellter oder Arbeiter mit einer so kurzen Zeit beginnen? Ein Erholungsurlaub, der in Wahrheit Nutzen stiften soll, muß wenigstens eine Woche lang währen; nur dann wird der beabsichtigte Zweck, die körperliche und seelische Auffrischung, erreicht werden.“

Trotzdem die Arbeiterferien von so großer Wichtigkeit für die Gesundheit der Arbeiter sind, sind auf diesem Gebiete noch keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen. Die Arbeiter haben erst in den letzten Jahren begonnen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, als erste darunter die Brauereiarbeiter. Denn früher hatten sie sich die elementarsten Forderungen in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit und auf Lohn erhöhungen zu erkämpfen. Erst jetzt als sie eine organisierte Macht darstellen, denken sie daran, auch Ferien für sich zu erkämpfen.

Nun wollen wir jetzt sehen, welche Stellung die Unternehmer zu der Frage der Arbeiterferien einnehmen. Die Umfrage, die der Zentralverband deutscher Industrieller im Jahre 1910 veranstaltet hat, ergab folgende Resultate:

Die Hälfte der befragten Unternehmungen wärsen über diese Einrichtung nicht mitzureden, da sie bei ihnen nicht eingeführt ist. Ein Drittel der anderen Hälfte sprach sich entschieden dagegen aus. Die übrigen zwei Drittel standen den Arbeiterferien unparteiisch gegenüber. Manche Unternehmer führten schon längst die Arbeiterferien ein. Nur wenige von

ihnen taten das aus reiner Menschenfreundlichkeit. Die meisten bezweckten damit entweder, die Leute am den Betrieb zu fesseln oder durch die Arbeiterferien sich eine treue Schar von Arbeitern zu schaffen, die besonders in Streitfällen von Nutzen sein könnte. Ausführlicher darüber werden wir in unserem zweiten Artikel über „Die Arbeiterferien in der deutschen Metallindustrie“ berichten. Die Gewerkschaft der Einführung von Arbeiterferien motivierte ihre Stellungnahme erstens mit betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und zweitens mit sozialpolitischen Gesichtspunkten.

Zum Schluß unseres ersten Artikels wollen wir noch die Stellung der Wissenschaft sowie der Praxis zu den Arbeiterferien mitteilen. In einem Vortrag über „Arbeiterurlaub“, der auf der Tagung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands in Königsberg gehalten worden ist, wurden die Meinungen über denselben folgender Männer mitgeteilt.

Graf B. J. J. J. äußerte sich folgendermaßen:

„... beehre ich mich zu erwidern, daß ich die Gewährung von Urlaub an Arbeiter, wie er tatsächlich in manchen Betrieben schon besteht, für sehr ratsam halte, besonders in allen gesundheitsgefährlichen Betrieben. Ich meine, auch der Arbeiter sollte einmal im Jahre, ohne Lohnverlust, seine tägliche Arbeit unterbrechen dürfen um neue Lebens- und Arbeitskraft zu sammeln und Freunde und Angehörige zu besuchen.“

Professor E. Franke, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, schrieb darüber folgendes:

„Was nun meine persönliche Stellung zur Frage des Arbeiterurlaubs anbetrifft, so halte ich die Gewährung eines Urlaubs mit fortlaufender Lohnzahlung für alle gewerblichen Arbeiter, ebenso für die Privatangestellten für ein Gebot der Volksgesundheit und Menschlichkeit. Unbedingt notwendig ist Arbeiterurlaub in allen mit besonderen Gefahren und Beschwerden für Gesundheit und Leben verbundenen Betrieben. Aber auch wo diese Voraussetzungen nicht zutreffen, macht die Last des modernen Arbeitsbetriebes und des modernen Lebens eine zeitweilige Ausspannung notwendig. Der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitslohn wird für den Unternehmer reichlich durch Erhöhung der Arbeitsfreude und körperliche Erquickung wieder eingeholt. Der Arbeiter aber, der diese Erholungszeit richtig benutzt, wird ebenfalls reichen Gewinn für Leib und Seele davontragen. Selbstverständlich ist, daß überall mit dem Urlaub die Fortzahlung des Lohnes verbunden sein muß. Daß die Erfahrungen mit dem Urlaub ganz vorwiegend günstige sind, darf als feststehende Tatsache bezeichnet werden.“

Der bekannte Professor Adolf Wagner äußerte sich folgendermaßen:

„Prinzipiell scheint mir die Frage einer Berechtigung von Urlaubszeiten auch für Handarbeiter bejaht werden zu müssen. Die Entlastung der modernen Lechtheit macht die Gewährung solcher Urlaubszeit, anders ausgedrückt, von „Ferien“, auch für solche Arbeiter ökonomisch immer mehr möglich, und in sie nur eine der Forderungen, deren Erfüllung erst die technische Entlastung für große Volkstreife notwendig werden läßt.“

Und jetzt wollen wir noch einige Stellen aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten bringen.

So schreiben die Jahresberichte der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten 1908:

„Die gute Wirkung eines Sommerurlaubs für die Arbeiter tritt allereits offenkundig zutage; in Fabriken, die diese Einrichtung schon längere Zeit getroffen haben, möchten weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer dieselbe mehr missen.“

Die Jahresberichte der einig-lothringenschen Gewerbeaufsichtsbeamten enthalten folgende Stelle:

„... daß der regelmäßige Urlaub das billigste, rationellste Mittel ist, um Arbeiter bei voller Leistung, Frische und Lebensfreudigkeit zu erhalten; es liegt im Interesse jedes

Unternehmens der Wert auf dauernde, tüchtige Arbeitskräfte liegt.

In den Jahresberichten der mittelhessischen Gewerbeaufsichtsbeamten 1909 heißt es folgendes:

So Wohlstand eingeleitet ist, hat er nur gute Folgen gehabt: geschäftliche Erhebung zugleich gestiegene Schaffung, Schaffung der Gewerkschaft und der Arbeitsbeschäftigung.

Wir sehen also, daß sowohl die Vertreter der Arbeiter als auch die Leute aus der Praxis einmütig das Urteil über die Arbeiterverhältnisse abgeben: daß die Arbeiterverhältnisse sowohl für die Unternehmer als auch für die Arbeiter von großem Nutzen sind.

Die Arbeiterverhältnisse haben es verstanden, schon manche Wünsche und Forderungen durch ihre Organisation durchzusetzen, nur sind überzeugt, daß auch die Forderungen der Arbeiterverhältnisse durch die immer mehr wachsende Organisation der Arbeiter mit der Zeit trotz des heftigen Widerstandes mancher Unternehmerkreise siegreich durchgesetzt werden wird.

Die Entwicklung der Mühlenindustrie.

Mit dem Anstiegen der Bevölkerungszahl Deutschlands in den letzten Jahrzehnten stieg natürlich auch die Menge des von den heimischen Mühlen verarbeiteten Getreides. Aber nicht nur durch das auf die einzelnen Unternehmen entfallende Quantum an verarbeitendem Mehl, auch pro Kopf der Arbeiter erhöht es sich mächtig.

Table with 3 columns: Vermehrtes Getreide (Brot, Weizen), Mehlmengen (Brot, Weizen) for years 1878/83, 1883/88, 1888/93, 1893/98, 1903/08, 1908/11.

Das Quantum des verarbeiteten Getreides erfährt also eine außerordentliche Vergrößerung, und zwar hat es bei Roggen über drei Fünftel und bei Weizen mehr als das Doppelte der ersten in der letzten angegebenen Periode.

Nach den Ergebnissen der deutschen Berufs- und Gewerbeverhältnisse in den Jahren 1882, 1895 und 1907 waren in der Mühlenindustrie insgesamt 11623, 11026 und 10991 Personen. Ihre Zahl ging demnach um nicht weniger als 7 Prozent zurück.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich aber, wenn wir den Anteil am Rohwert pro Kopf jedes bei der Mühlenindustrie beschäftigten verarbeiteten Mehls betrachten.

Table with 3 columns: Jahr, In der Mühlen- u. Mehlverarbeit. Beschäftigte, Vermehrtes Getreide pro Kopf in Zentnern for years 1886, 1890, 1895, 1900, 1905, 1910.

Während also die Zahl der verarbeitungsbedürftigen Mühlenarbeiter von 1886 bis 1910 um 15,22 oder rund 21/2 Prozent verringert, er-

höhte sich im gleichen Zeitraum ihr Anteil an der Produktion pro Kopf um 140 Prozent oder 138,1 Punkte.

In solchen Ergebnissen magt sich auch klar die zunehmende Verstaatlichung der Mühlenindustrie, die Verdrängung der heimatlichen Holz- und Dampfmüllerei durch die Fremdmüllerei aus. 1882 war die Mühlenindustrie - wie die niedrige Durchschnittsproduktion von 74 Tonnen pro Jahr und Arbeiter anzeigt - noch zu einem viel höheren Maße Selbstbetriebe als wie heute.

Da wir leider eine amtliche Statistik noch nicht besitzen, sind wir auf die Angaben der Berufsvereinigungen über die mündungsbedürftigen Söhne der in ihnen beschäftigten Arbeiter angewiesen.

Table with 2 columns: Jahr, Zahl der mündungsbedürftigen Söhne for years 1890, 1895, 1900, 1905, 1907, 1909, 1911.

Erst in den letzten Jahren begannen sich die Mühlen in der Mühlenindustrie - und zwar infolge der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation - einem einigermaßen klaren zu nähern.

Derzeit im Jahre 1907 wurden in Deutschland 2 Aktienmüllereien gegründet. Die Aktienmüllerei als Unternehmungsform ist daher im Müllereigewerbe schon ziemlich alt.

Seit 1907/08 erhöhen die „Geschäftsergebnisse der deutschen Aktienmüllereien“ in der Verarbeitung des Roh- und Stat. Mehl. Nach ihnen gestalteten sich die Verhältnisse der Mühlenunternehmen am Aktienmüllereigewerbe Grundzüge wie folgt.

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Akt., für die Mühlenbesitzer, Aktienkapital for years 1907/08, 1909/10, 1910/11.

Bei der Verteilung dieser Ergebnisse ist zunächst zu berücksichtigen, daß die Dividenden nicht auf Grund des wirklich dividendenbeziehenden Kapitals berechnet wurden, daß sie vielmehr ausbrachten, wie hoch sich das gesamte dividendenbeziehende Aktienkapital verhielt.

Ein weit früheres Bild wie die holländische Statistik zeigt die französische. Die Unterländer über die Zahl der beschäftigten Arbeiter

Ausdruck kommt. Berücksichtigt man das, so ist zu verstehen, daß auch in der Mühlenindustrie die Mühle immer größer werden. Man hat das nicht geringsten Bedenken auf die Tätigkeit der Mühlenindustrie zu übertragen, die Mühle schließen, Verstaatlichungen bilden usw., um damit die Preise zu bestimmen.

Internationales.

Holland.

Bei einer Bierproduktion von 1508700 Hektolitern (1910) betrug die Zahl der beschäftigten Brauereiarbeiter etwa 1700. Dem niederländischen Bundesverband, dem „Niederländische Bond van Brouwers i. d. Brouwerijindustrie“ gehören 1053 männliche Mitglieder an.

Die Gesamtjahresausgabe betrug 1324750 Mk. für Streif- und Gemäßregelanunterstützung wurde nichts angesetzt.

Die Kosten der Lohnbewegungen trugen 1010 Mk. Es fanden 14 Lohnbewegungen, alle ohne Streik, statt.

Die Forderung hinsichtlich festgelegter Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, die längste 10 Stunden. Der niedrigste tariflich festgelegte Lohn ist 23 Mk. pro Woche.

Seit langer Zeit bemüht sich der Verband, die Verbesserung der rückständigen holländischen Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Frankreich.

Ein weit früheres Bild wie die holländische Statistik zeigt die französische. Die Unterländer über die Zahl der beschäftigten Arbeiter

### Eine soziologische Begründung der Sozialpolitik.

IV.

Die Begriffe Konsumtion und Produktion im Hinblick der Menschenökonomie in einem anderen Sinne wie die heutige Wirtschaftswissenschaft. Konsumtion ist ihm nicht unproduktiver Verbrauch, sondern im weitesten Umfange Produktion von organischen und intellektuellen Werten. „In der Schöpfung und Herangeborenenperiode werden die produktiven Kräfte selber produziert. Die Kräfte des Menschen sind produktive Aktivitäten, fast in der mechanischen Weise, wie hier in der organischen Weltperiode gearbeitet, wird organisch kapitalisiert.“ Die Entlohnungstheorie ist demnach die Sparte der Produktion von einer ganz anderen Seite wie dies sonst vielfach geschieht. Es ist daher äußerst zweifelhaft, ob die Lohntheorie des Arbeiters auch wirklich Erlösersatz ist. Geht ihm dadurch etwas an seiner Entlohnung ab, so ist die ökonomische Erlösersatz ein organischer Schaden für ihn. Es wäre in solchen Fällen besser, wenn die Arbeiter auf Kräfteperioden auf sich selbst bedacht wären. Die sich hieraus ergebenden Überforderungen kann man in den Satz zusammenfassen: Wir treiben Konsumtion, wir gehen nur auf eine überbare Wiederherstellung, nicht auf eine wirkliche Wiederherstellung der Lebenskraft aus.

In dem gegenwärtigen Streit der Nationalökonomie, ob Wertarbeit in der Wirtschaftswissenschaft abgegeben werden dürfen oder nicht, ob der Arbeiter seine stiftlichen Ideale auszuhalten müsse oder nicht, ist es ganz besonders interessant, was Goldscheid in anderen Zusammenhängen ausgesprochen hat. „Weil wir heute noch keine wissenschaftlich fundierte Menschenökonomie und noch weniger wissenschaftlich fundierte Entlohnungstheorie besitzen, für die in der Entlohnungstheorie bereits der erste Widerspruch gegeben ist, sehen wir alle biotechnischen Fortschritte als unkontrollierbare ethische Forderungen an und verlangen ebenso eines unkontrollierbaren Maßstabes, an dessen Hand erst festgestellt werden könnte, wo die Ausweitung aufhört und die Ausbeutung aufhört.“ Ausweitung und Ausbeutung sind demnach entgegengelegte Erscheinungen. Vollkommene Ausweitung bedeutet das Optimum der Ökonomie, unvollkommene Annäherung an die Produktionsgrenze, Ausbeutung ist dagegen der heftigste Ausdruck für ökonomischen Widerstand, das heißt einen Zustand offenbaren, wo die angewandten Mittel sich in ihren ethischen gegenwärtig aufheben würden, wo der Arbeitszustand, sobald man sich, alle indirekten Wirkungen unberücksichtigt, den Angelegenheiten überläßt. Das höchste Ethikum der ökonomischen menschlichen Arbeit ist nicht darauf hin, daß das Tempo der Produktion auch heute noch ein belangloses ist, sondern daß wir unsere Kräfteleistungen noch vor uns und einem relativ sehr hohen Menschenverbrauch erlangen. Der viel zu nach vor sich gehende Anstieg der Arbeitskräfte legt nur einen sehr mangelhaften Anhalt zu, nachher den Durchschnittszustand und bestimmt die Gesellschaft mit Modalitäten des Zerfalls, denen wir gegenüber dann zu Empfindsamkeit verhalten sind.

Staat und Unternehmer bestrafen die Sozialpolitik selbst. Sie haben hervorgehoben wurde, gehören Sozialpolitik und Sozialhygiene nicht in das Kapitel Wohlfahrtslehre, sondern in das der Wirtschaftspolitik. Der Arbeiter muß nicht allein dem Vertriebenen zugute kommen, sondern auch der Allgemeinheit. Es sollte sich damit verhalten, wie man das Kapital im Bergbau zu schützen, das man den ortsständigen Fiskus erbringen soll. Nicht einen bestimmten Beitrag sollte der Unternehmer leisten, sondern den vollen Ertrag für den Verbrauch der Arbeitskräfte. Die Höhe wäre erst zu berechnen. Die mehr Produktivität der jeweiligen Volkswirtschaft konnte erst genau ermittelt werden, wenn die physiologische Schwerkraft der Bevölkerung ausreichend herausgearbeitet und gemesselt wird. Erst dann kann der Beitrag ausgerechnet werden, den der Unternehmer entrichten kann. Der Sozialpolitiker unangenehm mitleidende Staat sei so (genau genommen) ein Anachronismus, eine Art einer primitiven Entlohnungstheorie fischgelehrte Wirtschaftswissenschaften, ein Überorganismus, der nicht nur über seine neuen Pflichten nicht Bescheid weiß, sondern auch seine neuen Rechte und ihre volle Ausübung nicht begriffen habe.

Dem Staat an der Volkswirtschaft fehlt der Staat keineswegs zu, ja er legt es sich sogar gefallen, daß ihm die Kräfte der Volkswirtschaft aufgehoben werden (Staat, Verträge, Steuern usw.). Er denkt nicht daran, mit der Entlohnung eines bestimmten Kaufmanns auch zu irgendein Recht und dabei inwieweit miteinander zuhalten und die richtigen Maßnahmen vorzunehmen. In den Ländern der Sozialisten herrscht eine maßgebende Sachmoralisation über die Konsumtionstheorien, fast noch ablehnlicher. Welche man auch immer die Unterseite der Sache und der Konsumtionstheorien sein mögen, wobei nicht ist: Ein Gemeinwesen kann nur gedeihen und zu einer gelebten Existenz gelangen, wenn es neben einer durchgeführten Sachmoralisation eine vollständige Personal-moralisation besitzt.

Die Menschenökonomie definiert Goldscheid: Als Methode der Erziehung unter mannigfaltiger Anlehnung des ökonomischen allzu primitiven Verfahrens der Naturwissenschaften, die besonders dort keine wertvollen Resultate mehr liefern kann, wo die bis zur Fortpflanzungsstufe Überlebenden nicht die verbindende Minorität, sondern die überwaltigende Majorität bilden. Die vergleichende Menschenökonomie hat zu berücksichtigen, wie die jeweilige Struktur eines Staates beschaffen ist, ob er aus einer Erbauer- und Zerstörerklasse zusammengesetzt ist oder aus Personen, die relativ gleichgestellt sind, im Zeitalter der Sklaverei und die Bedingungen für den Aufstieg, Umsturz und den Zerfall der Arbeitstraitie wieder anders. In der rein kapitalistischen Wirtschaft wo die Abhängung und Verfertigung des Menschenlebens nur ein moralischer Verlust für die Angehörigen, nicht aber ein ökonomischer Verlust für die produktionstheoretisch gesicherte Gesellschaft ist, da auch Menschenökonomie als das Überflüssigste erachtet, was man sich nur denken kann. Denn in ihr ist der Mensch wohl eine moralische Personlichkeit, aber kein wirtschaftlicher Wert. In der kapitalistischen Wirtschaft ist jeder Mensch Träger eines wirtschaftlichen Wertes, nämlich seiner Arbeitskraft, oder er selbst ist kein wirtschaftlicher Wert, wird seine Arbeitskraft nicht gebraucht oder liegt er inerte ein, dann zählt er wie Stoff und Luft zu den im Überflusse vorhandenen Gütern, die aufgehört haben, im wirtschaftlichen Verkehr noch eine Rolle zu spielen.“ Es sei das unheimliche Bedenken von Marx, daß er aus den Proleten als Warenverkäufer (als Verkäufer seiner Arbeitskraft) ersehen gelernt habe. Neben dem dem Menschen, der nichts sein eigen nennen kann als seine Arbeitskraft, innerhalb der gegenwärtigen Wirtschaft jeder ökonomische Wert stelle, sobald seine Arbeit nicht gebraucht werde, sei er ungeachtet der Entlohnungen der Konsumtion ein untergeordneter Wirtschaftswert. Erden dabei untergeordnet sich also die Stellung des Menschen in der Entlohnungstheorie von der Stellung des Menschen in der kapitalistischen Konsumtionstheorie, daß er in der letzteren ein personeller (personeller = handhabbar, ausdauernd), in der letzteren bloß ein untergeordneter (untergeordnet = geschlechtlich ausbleibend) Wirtschaftswert sei.

In die vergleichenden Betrachtungen reihen sich weitere und reichliche. In unseren Tagen bedauerlich ist, daß wir trotz des hohen Grades der Medizin nicht das leisten, was wir wirklich leisten könnten. Mit einem Wort, wir können die Kosten einer handhabbaren Volksgesundmachung. Die organischen Arbeit und deren Folgen sind aber so groß, daß kein Kapital der Erde, auch der größte Reichtum, den uns der Fortschritt der Technik und Wissenschaften, ja zu befehlen imstande ist, wenn es so weiter geht. Die Aufgabe ist nun so berechtigt, als wir heute mit unser Wissen und Können erfolgreich gegen diese Widerstände ankämpfen könnten. Daß die Medizinische Welt im großen Maß, unsere wir, aber der Verfasser zeigt doch in ungenügender Weise, daß wir hier nicht zureichend als aufbauend vorgehen. Auch bei der Behandlung des Kapitels: „Ökonomische und Wirtschaftswissenschaften“ findet Goldscheid interessante Worte. So zum Beispiel: In der Erzeugung mangelhafter Spezialitäten in der Gesundheitslehre haben wir keine Bereicherung der Wissen über uns, sondern Entwertung von Wissen (höchste Menschenkraft wird hier entwertet durch die Herstellung mangelhafter Produkte). Der Staat: „Einer für alle und alle für einen“ sagt er die Dinge unserer Zeit. „Nicht für wenige und diese wenigen für sich selber“ — entgegen. In anderen Kapiteln bringt Goldscheid ebenso zureichende Argumentationen. In Vorkommen wie in Einzelheiten gilt heute der Satz, der Überlebende einfach als der Vorkämpfer, kein Mensch kann danach welche Seite der Erregende und welche der Unterlegene sich gezeigt hat und mit welchen Mitteln beide arbeiten. Welche Konsequenzen daraus erwachsen, wenn der Erfolg nicht nur die Mittel, sondern auch die Freude zu bringen vermöge, das kann man gar nicht übersehen.

Mit feinem Spitz verleiht Goldscheid (in dem Kapitel: Des Schen der einen auf Kosten der anderen) die moderne Gesellschaft in ihrer sozialpolitischen Tätigkeit mit einem ebenso lebensfähigen wie feinsinnigen Sagen, der mit dem Verstandes auf dem Aufbau geht. Unsere Sozialpolitik ist jedoch brutal und kann nur höhere damit am Ende ihre Kräfte durch ihre zu hohe Summen. Die andauernde Hoffenlosigkeit muß man mit Schmerz und Jener mit Volgerüstungen, mit Widerstand, Geschicklichkeit und Reserven zu erziehen. So kann kein Wachstum erzielt werden, so heißt inwieweit Solches möglich, und wo diese verlegt, da müssen die Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaft mit der Konsumtionstheorie in Frage gestellt werden. Diese Gesetze werden dann, es werden so viele vorzeitig, weil nicht genug werden, weil die moderne Menschheit ein zu kleines Dasein habe, weil der zu wenig harte Disziplinierung begünstigt.

Als Gehirnspeil kommt hier nur der Übergang von der Substantivität zu reiner Substantivität in Betracht, alles andere ist bloß überflüssig. Das Leben der einen auf Kosten der anderen vollzieht sich in jeder

fehlt vollständig. Der Berichterstatter schätzt sie auf 15000. Da die Bierproduktion im Jahre 1911 aber 172000 Hektoliter betrug, so dürfte die Zahl der in Frankreich in der Brauindustrie beschäftigten Arbeiter mindestens 24000 betragen. Und davon waren am Schluß des Berichtsjahres 96 organisiert, 7 weniger als im Vorjahr. Das ist fürwahr ein trauriges Resultat der angepöbelten Agitationsfähigkeit, die einige Kollegen geleistet haben!

Die Einnahme des Verbandes betrug bei einem Monatsbeitrag von 145 Franc aus den Beiträgen 2130 Franc. Die Gesamteinnahme war 2302,30 Franc. Die Gesamtausgaben betrugen 1845,25 Franc. Das Vermögen der Hauptkasse betrug 457,05 Franc. Für Streik- und Gemeindefestunterstützung wurde auf 43 Franc für Streik in anderen Betrieben der Betrag von 146 Franc verausgabt, für andere Unterstützungen 50 Franc. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 1649,25 Franc.

Das Verbandsorgan, das „Bulletin du Syndicat des Ouvriers Brasseurs“ (Berichtsbild der Gewerkschaft der Brauereiarbeiter), das allmonatlich einmal erscheinen soll, erschien im Berichtsjahr in einer Auflage von 200 Exemplaren zweimal und kostete 35 Franc. Es wird in französischer, deutscher und niederländischer Sprache herausgegeben.

Es sind 2 Lohnbewegungen mit einem teilweisen Erfolg geführt worden. Die Kosten derselben auf 396,95 Franc.

Carité besteht keine, sondern lediglich mündliche Abmachungen mit 4 Pariser Brauereien. Danach beträgt die Arbeitszeit 10 Stunden, der niedrigste Lohn für Brauer und Küfer (meist Deutsche und Deutsche) 38 Franc, der höchste 42 Franc. Der Lohn für Hilfsarbeiter ist in diesen 4 Betrieben 30 Franc. In Bezug auf Entschädigung bei Krankheit und militärischen Übungen, auf Gewährung von Urlaub und dergleichen bestehen keinerlei Abmachungen.

Das sind bedauerliche Zustände, die nach einer guten Organisation geradezu schreien. Die Arbeiter aber können diesen Zustand nicht zu ändern.

Kollege Blocher, der Vorsitzende des Verbandes, erklärt, daß berichtigt werden muß, daß sich die Tätigkeit des Verbandes fast ausschließlich auf Paris und das Seine-Departement beschränkt. Wegen Mangel an Mitteln sei jede Agitation in der Provinz unterbunden. Wir meinen dazu, daß, wenn es nur um in dem beschränkten Gebiet vorwärts gehen würde, daß dann sich der Verband schon bald darüber hinaus ausdehnen würde, denn dann würden die Mittel für eine umfassende Propaganda aufgebracht und die Anziehungskraft des Verbandes würde eine größere werden und von selbst weitere Kreise erfassen.

Kollege Blocher gibt eine Schilderung der psychologischen Misere, die das Aufkommen harter und finanziell leistungsfähiger Verbände notwendig macht. Die Kollegen zeigen sich in unglücklich schlechten Arbeitsbedingungen. Die Brauereien erzwangen ihre Arbeiter infolge der niedrigen Löhne zum größten Teil aus herangezogenen Exilanten. Das kann bei einem Lohn von 24 Franc (1920 Mt.) in der Weltstadt Paris auch gar nicht anders sein. Die gekannten Arbeiter, welche meist Deutsche oder Polinnen sind, werden so viel als möglich ausgebeutet, weil sie fast vollständig organisiert sind.

Kollege Blocher beklagt sich, daß seit längerer Zeit das Zusammenarbeiten mit den höchsten Brauereien immer schwieriger wird. Die jeweilige Stunde geht gegen auf diese noch höchsten Verbandsmitglieder über und zermüht die an sich schon so schwache Organisation der französischen Brauereiarbeiter noch mehr. Ganz unzugänglich für die Organisation sind, wie Blocher mitleid, die Chef-Lohnträger. Da wir das auf deutscher Seite nicht sagen können, so scheint es doch, als ob die Chef-Lohnträger an sich weniger Schuld tragen, als eine Organisationsform, die keine Anziehungskraft für sie hat.

Nach den Mitteilungen des Kollegen Blocher sind denn auch die Zustände in den Brauereien geradezu haarsträubend. Meist 11 stündige Arbeitszeit und darüber, keinerlei Hygiene, keine Umkle- und Erholräume, kein Urlaub, die Löhne vielfach um 40 bis 60 Mt. im Monat niedriger, als der tatsächliche Angebots für ungelehrte Arbeiter ist. Und kein Schluß einer zukünftigen Besserung!

Kollege Blocher mahnt dringend, daß Kollegen, welche nach Frankreich wollen, sich erst eingehend erkundigen, denn, wenn er, wenn in keine Hände zu verpacken hätten, kommen sie sehr leicht auf den Grund. Vor allen Dingen dürfen unsere Mitglieder, die nach dort kommen nicht erlauben, an der Durchführung der französischen Verfassungen zu arbeiten. Scharf warnen sie meistens gleich beim ersten Versuch. Würden sie zöge aushalten, dann müßte sich, wenn auch langsam, mit der Zeit doch ein Erfolg zeigen.

einigen Formen. Der Schädiger verliert nicht die Folgen der Schädigungen. Der Geschädigte und Anverwandte wird vollständig ausgenutzt, die Ausbeutungsbetriebe werden gegen ihre Schädigungen blind gemacht und eine energische Gegenwehr verhindert, man schließt sich lustlos von den Ausbeuteten ab, jedes legitime Mitspracherecht unterdrückt, indem das Mittels als Schwäche gebrandmarkt wird. Dieser Schutz des Schädigers gegen den Geschädigten kann sich heute nicht mehr mit der geschickten Strenge vollziehen, aber solche Tendenzen sind immer noch vorhanden.

Menschenökonomie in dem Sinne unseres Autors ist selbstverständlich kein Lustprodukt sein: das eigene oder fremde Leben für große Aufgaben nutzlos in die Schlingen zu schlagen. Sie soll aber darauf hinwirken, daß die Arbeitskraft als Ware, als wirtschaftliches Gut nach den Grundgesetzen der Sachmarktökonomie bewertet wird. Die richtige Bewertung muß durch neue Festsetzungen gefunden werden. Wie die Naturwissenschaften uns zu umfassender Herrschaft über die Natur verholfen hat, so wird uns die Menschenökonomie die Wege bahnen zur Herrschaft über die Kultur und uns so davor bewahren, daß wir nicht wie alle großen Völker vor uns, an der Natur zugrunde gehen. Unser Bestreben muß dahin gehen, den großen wirtschaftlichen Wert des Menschen nachzuweisen. Dann wird sich auch die Menschenwürde heben. Diese Aufgabe fällt der Entwicklungsökonomie zu. Sie muß die gesellschaftlichen Werte in der wirtschaftlichsten Weise herstellen. Der Mensch als Arbeitskraft ist nun das menschlichste Mittel zur Herstellung der erforderlichen Entwidlungswerte, er ist aber zugleich notwendig selber jener Entwicklungszeit in dessen Interesse alle Entwidlungswerte geschaffen werden, er ist also ja selbst zugleich der höchste Entwidlungswert, weil er ja den Entwidlungswert darstellt. Es ergibt sich daher, daß mit jedem Menschen nicht nur als Mittel zum Zweck, sondern auch als Selbstzweck zu behandeln haben, weil jeder Mensch als Arbeitskraft und Entwidlungswert zugleich Mittel und Selbstzweck ist. Damit ist unsere Entwicklungsökonomie Aufgabe festgesetzt, die Arbeitskraft des Menschen so anzubauen, daß durch sie Entwidlungswerte geschaffen werden, ohne daß der Mensch selber in seinem Entwidlungswert beeinträchtigt wird. Danach ist es unwirtschaftlich, mit dem Entwidlungswert Mensch verschwendend umzugehen, indem man mit ihm geringe Entwidlungswerte schafft.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

Das auch die Stimme der Unternehmer nicht in den Himmel schallen, das haben wir wieder einmal bei dem Abschluß der Aufsichtsratswahl der Kolo gesehen. Diese in den letzten Tagen beruhte Kampf, der uns zu den bedeutendsten Erfolgen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Kampfe gerechnet werden können, ist ein weiterer Schritt zur Lösung der Probleme, die die Gewerkschaften und die Arbeitgeber seit Gründung der heutigen Gewerkschaften im Auge haben, in die Kolo-Aufsichtsratswahl eine weitere große Meilensteine unserer Kampfgeschichte. Wir haben im Verlauf des Kampfes schon bemerkt, daß die Arbeitgeber im Kolokampf vor den Gewerkschaften, die Organisation der Arbeiter zu schwächen durch einen großen Überzug der vorhandenen Gehälter. Es zu einem bestimmten Grade in diese Absicht der Unterbrechung gestreift, der weitere Kampf, die Organisation der Arbeiter zu zerstören, ist nicht abzulehnen. Die ersten Verhandlungen zitierten wieder der alten Schiedsgericht der Arbeiter, der mit immer etwas weiter geht, als das bisher abgeschlossene Ergebnis kann herauf werden und das Abgeschlossene nicht mehr rückwärts verändert werden kann. Es hat sich aber gezeigt, daß es der Organisation der Arbeiter gelungen ist, für 14 500 Arbeiter Gewerkschaften abzuschließen und dieses wichtige in Schiedsgericht und beschleunigt werden. Die Kolo haben einen besonderen Verhandlung erwiderten, was an dem Schiedsgericht eine große Rolle spielte, er jedoch mit 8 gegen 3 Stimmen zur Annahme gelangte. Die Arbeitgeber wollten sich gleichfalls für die Annahme des Schiedsgerichts. Es geht uns für jeden Verhandlung der wirtschaftlichen Kampfe aber weniger um, daß dieser Kampf eine glatte Niederlage des unorganisierten Arbeiterstandes bedeutet. Auf der anderen Seite aber darf man damit rechnen, daß die Arbeitgeber durch den Kampf einen großen Schaden erleiden werden. Dabei ist es nicht notwendig und wahrscheinlich, daß es in der Kolo, dem Kolokampf den Sieg zu errufen, es können andere Organisationen aus dem Kolo kommen werden. Die Organisation der Arbeiter ist die Organisation der Arbeiter in der Kolo, die Organisation der Arbeiter ist die Organisation der Arbeiter in der Kolo, die Organisation der Arbeiter ist die Organisation der Arbeiter in der Kolo.

Es ist sehr zu begrüßen, daß in dieser Woche die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in der Kolo, die Organisation der Arbeiter ist die Organisation der Arbeiter in der Kolo, die Organisation der Arbeiter ist die Organisation der Arbeiter in der Kolo.

vermerktliches Spiel mit dem Arbeiterlos getrieben. Fast jeder Mittel hat wurden 7000 Mann in den Kampf gedrängt, fast ohne Unterstützung, ein Buttermilchzettel und wenige Pfennige für drei bis vier Wochen waren die Unterstützung der kämpfenden Bergarbeiter. Der Bergarbeiterverband, der aus Solidarität überall dem Kampf beitrug, wo die Berufsvereinigungen streifte, hat seine Mitglieder in genügender Weise unterstützt. Der Reichstagsabgeordnete Sönnli, der Führer der polnischen Bergarbeiter, ist sich ein Führer der Ditsch-Dauerischen Gewerkschaft gegenüber genügt haben, daß sie geglaubt haben, daß die Gewerkschaft in nur oder fünf Tagen erledigt sein würde, sei es, daß die Unternehmer siegen oder aber die Bergarbeiter von selbst aus dem Streik ließen. Friedl und bis zum höchsten Grade vermerktlich ist eine derartige Zäsur. Die überall partei Erregung unter der Arbeiter in daher sehr leicht begreiflich, und sind die Führer wiederholt täglich angegriffen worden. Wenn die Arbeiterkraft aus diesem Kampfe aber die Lehre ziehen sollte, daß die Zersplitterung der deutschen Organisationen an solchen Dingen, wie sie sich jetzt in Oberschlesien abgespielt haben, nur als der schärfste Teil hingestellt werden kann, dann ist dieser Kampf nicht umsonst geschildert worden.

Zeit hat es den Kämpfern, als wenn sich die Arbeiter in den gelben Gewerkschaften eines Besseren bewußten. Wiederholt konnten wir in den letzten Wochen darüber Mitteilungen lesen, daß es mit der Herrschaft der Gelben teilweise bergab geht. Am auffallendsten war ein Bericht im „Norddeutschen“ über den Austritt eines gelben Führers, der in einem sozialdemokratischen Parteiblatt eine Erklärung abgab über die wahren Absichten der Unternehmer bei der Unterstützung der gelben Gewerkschaften. Er behauptet, daß die Unternehmer in einer Woche mehr Terror üben, wie die Arbeiter in einem ganzen Jahre. Diese Behauptung ist schließlich nichts Neues, hat aber dafür den Vorzug, daß sie ganz Fröhlich, so heißt der Name, sein Sozialdemokrat ist. Man muß diesem Führer, der die Redaktion eines gelben Blattes geleitet hat, viel zugemutet haben, wenn er zu einem sozialdemokratischen Blatt seine Zustimmung nimmt. — Als einen ähnlichen Schlag für die gelbe Bewegung kann ferner der völlige Bankrott der Grimmschauer gelben Organisation bezeichnet werden. Dieser Verein war die Kaderschule des großen Kampfes der Grimmschauer Bergarbeiter und entstand unter Verhelfung des Aufrufes. Jetzt hat die Organisation alle Unterstützungszahlungen gestrichen und ist das materielle Fund, das die Mitglieder zusammenhielt, zerfallen. Nicht minder interessant ist die Tatsache, daß die Firma Krupp mit ihrem alles beherrschenden Geld auch die nationale gelbe Arbeiterbewegung beeinträchtigt. Wäcker, denen das Lebenslicht auszulöschen droht, kauft man mit Krupp'schem Geld an. Aufbeimend will man der schon sehr schwach gewordenen Idee einer großen nationalen Arbeiterbewegung wieder aufleben. Warum diese Leute sich für diese Sache so bemühen, dürfte auf der Hand liegen. Die Fortschritte und Erfolge der Arbeiterbewegung liegen nicht in dem Interesse des Kapitalismus, was in letzter Zeit augenbeutend an die Oberfläche getreten ist. Es wird aber auch der Tag kommen, wo auch die heute noch beherrschenden Arbeiter sich vom Krupp'schen Golde losmachen werden.

Die Schiffszimmerer hielten ihre 19. Generalversammlung in Hamburg ab. Ein Fortschritt in der Arbeiterbewegung kann nicht negiert werden, weil ein Teil der Mitglieder und eine ganze Verwaltungsgesellschaft (Wilhelmshafen) zum Metallarbeiterverband übergetreten ist. Im letzten Jahre hat sich die Mitgliederzahl wieder um 22 gehoben und betrug Ende 1912 5765. Trotzdem war die Organisation auf dem Gebiete der Lohnbewegungen sehr ruhig und wurden gute Erfolge erzielt. Den Schwerpunkt der jetzigen Tätigkeit bildet die Verhandlungsstrategie. Wir haben fernerzeit schon über eine Konferenz berichtet, auf der die Metallarbeiter und Holzarbeiter mit dem Vorstand dieser Gewerkschaft über den eventuellen Austausch verhandelt haben. Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß die Organisation geschlossen zum Holzarbeiterverband überzutreten solle. In der Diskussion übernahm die alte Liebe zur eigenen Organisation, man glaubt noch lebensfähig zu sein. Verworfen wurde, in erneute Verhandlungen einzutreten, da die jetzigen Forderungen nicht abgelehnt erscheinen. Weiter die Resultate dieser Verhandlungen soll eine Untersuchung mit Zweidrittel-Majorität der Abstimmernden entschieden. Weiter die Wahl zwischen Holz- oder Metallarbeiterverband soll die einfache Majorität maßgebend sein. Nach dieser Resolution über die Verhandlungsstrategie noch nicht weit zu sein.

Aus den Geschäftsberichten der Gewerkschaften haben wir folgendes hervorgehoben: Der Verband der Ditsch berichtet, daß die wirtschaftliche Lage im Bergbau sehr ungünstig war. Der enge Zusammenhang mit dem Bergbau, namentlich in Berlin, rief eine ziemlich starke Bewegung, in die ein Mitglied von 112 Mitgliedern zu verzeichnen ist bei einem Mitgliederstande Ende 1912 von 1173. Die große Arbeitslosigkeit zeigt sich recht deutlich in der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung, welche 77913 M. erforderte. Die Zahl der Lohnbewegungen ging ebenfalls gleichfalls zurück, trotzdem wurden 51 870 M. für Streiks ausgegeben. Die Verhandlungsstrategie mit den Glaserarbeitern und Porzellanarbeitern stand im letzten Jahre im Vordergrund. — Der Verband der Bauwirtschaftlichen hielten im letzten Jahre mit 2624 Mitgliedern zu und zählte am Ende des Jahres 1912 16 592 Mitglieder, darunter 1144 weibliche, hiervon allein 891 im Rheinland. Die Organisation kommt infolge ihrer Ausbreitung unmerklich in die Lage, regelmäßige Lohnkämpfe zu führen. Schlußendlich hat dieser Verband mit allen möglichen angestrebten Mitteln zu kämpfen, so mit dem Kon- und Logogewerbe, dem Anzeigengewerbe und der privaten Stellenvermittlung. Der Organisation ist es gelungen, regelmäßig im Konsumgewerbe zu wirken. — Der Zentralverband der Schuhmacher ging infolge Betriebsveränderung um 35 Mitglieder zurück. Dieser Rückgang ist aber nur vorübergehender Natur und durch die Liquidation im 1. Quartal wieder behoben, und ist jetzt sogar noch eine Steigerung zu verzeichnen. Auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden sehr Anforderungen an die Organisation gestellt und kamen 251 Lohnbewegungen zur Durchführung, wozu 15 815 Per-

sonen beteiligt waren. An Unterstützungen wurden 682 959 M. ausgezahlt. — Der Buchdrucker-Verband hatte im letzten Jahre mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Unternehmerorganisation rührte jetzt schon mit allerlei verfügbaren Mitteln zum Tarifabschlusse 1913. Weiter zeitigt die maschinelle Entwicklung eine fast permanent große Arbeitslosigkeit. Trotz alledem stieg die Mitgliederzahl auf 67 273, also ein Mehr von 2480. Bei der umfassenden Organisation der Buchdrucker ist das Agitationsgebiet beschränkt und kommen fast nur noch Ausgelernte in Frage. Die Arbeitslosenunterstützung hat zum erstenmal eine Million mit der Summe von 1 151 606 M. überschritten. Ueber die heillosen Arbeitslosigkeit kann man sich einen Begriff machen, wenn man berücksichtigt, daß im Vorjahre auf jedes Mitglied 17,5 Arbeitslosentage entfielen. Die Hauptkasse verfügte Ende 1912 trotz dieser Kosten über ein Vermögen von 9 768 791 M., die Gewinne über 3 Millionen Mark, im Verhältnis zur Mitgliederzahl eine respektable Summe. Solche Kassen sind im wahren Sinne des Wortes Garantien für die Aufrechterhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

**Wirtschaftliche Rundschau.**

Jahresbericht des Kohlenhandels. — Syndikat und Bistum. — Fortgesetzte Verflorung auf dem internationalen Eisenmarkt. — Verschlechterung des Arbeitsmarktes.

Der Jahresbericht des Kohlenhandels für 1912 bietet erklärlicherweise nicht viel Neues; aber ein paar Grundzüge verdienen hervorgehoben zu werden. Ihre Befriedigung über die Periode fluktuierender Beschäftigung verhehlen die Grubengewaltigen zunächst in keiner Weise. Namentlich die bedeutende Produktionszunahme der Dobsch, der Hauptabnehmer, deren Ausbeute um 57 Proz. das Vorkonjunkturjahr 1907 überstieg und dennoch glänzendem Verbrauch und Markt aufgenommen wurde, bestimmte für die Kohlenzucht, daß der Geschäftsgang an Lebhaftigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Bei dieser Gelegenheit wird, unter Umrechnung der Koks- und Brikettmengen in entsprechende Kohlenquantitäten, folgende interessante Statistik über Deutschlands Erzeugung, Ein- wie Ausfuhr und Verbrauch an Steinkohlen aufgestellt:

	Deutschlands			
	Kohlenproduktion	Kohlen-einfuhr Millionen Tonnen	Kohlen-ausfuhr Millionen Tonnen	Kohlenverbrauch Total pro Kopf Kilogr.
1912	177,1	11,2	40,6	147,7
1911	160,7	11,8	35,1	137,6
1910	152,8	12,1	30,9	134,1
1909	148,8	13,2	28,8	133,1
1908	147,7	12,5	26,8	133,4
1907	148,2	14,6	25,7	132,0
1912 geg. 1907	+38,9	-3,4	+14,9	+15,7

Die Stellung gegenüber dem ausländischen Wettbewerb hat sich also wesentlich gehoben; durch Verdrängung des Auslandes auf deutschen Boden, noch mehr jedoch durch die härteren Verhältnisse nach außen. Dennoch blüht das Syndikat nach härterem Staatseingreifen aus. Der Schutz Zoll kann hierbei nicht in Frage kommen, da sich die deutschen industriellen Verbraucher gegen jede derartige Besteuerung ihres Brennstoffes energisch zur Wehr setzen würden. Das Syndikat verlangt deshalb allgemein billigere Eisenbahntransporttarife, da dem Ausland vornehmlich die billigen Schiffstrachten an den Küsten und an den Inlandswasserstraßen zumute kämen, vor allem jedoch eine Ermäßigung der Ausfuhrtarife, der der Landeisenbahnen und infolgedessen auch die Regierung bisher ablehnend gegenübersteht. Gerade in der letzten Forderung kommt die nicht unbedenkliche Entwicklung der letzten Jahre zum Ausdruck: die unumgängliche Notwendigkeit nachsender Ausfuhr, um nicht der dauernden Ueberproduktion zu verfallen.

Ueber die Preispolitik und die dadurch bewirkten Auseinandersetzungen mit der preussischen Regierung heißt es in dem Preiscommuniqué: Die Festsetzung der Höchstpreise für das Abfahrgeldjahr 1913/14 erfolgte im Oktober. Die Grundlage für die Preisfestsetzung bildete die Erhöhung des Kokspreises um 1 M. für die Tonne, aus der sich eine Steigerung der Kohlenpreise in entsprechendem Verhältnis ergab. Sie betrug im Durchschnitt 65 Pf. pro Tonne. Für Briketts bewegte sich die Preissteigerung zwischen 50 und 75 Pf. für die Tonne. Der Kokspreis, der nach seinem Abkommen mit dem Syndikat zur Preisstellung gehört werden mußte, erhob, wie bekannt, gegen die Preissteigerung, namentlich jedoch in Hinsicht auf den Preis der Briketts, Widerspruch. Seine Warnung gegen die Preissteigerung sei von den Beteiligten des Syndikats mehr als die formelle Warnung eines abweichenden Standpunktes, denn als eine unabwendbare Bedingung für das Zusammengehen mit dem Syndikat aufgefaßt worden. Eine Preissteigerung der Brennstoffe sei schon durch die Erhöhung der Selbstkosten, insbesondere der Arbeiterlöhne, geboten gewesen. Auch könne in einem Zeitraum, wo an allen Kohlenmärkten eine Steigerung des Preisstandes eingetreten sei, der Kohlenmarkt nicht einseitig diese Bewegung ertönen. Es habe daher überwiegen müssen, daß der preussische Handelsminister die Preissteigerung zum Zulage nahm, von dem geschlossenen Abkommen zurückzutreten. Dem Vorhaben des Handelsministers hätten sich zwar die übrigen ansehbaren Reich, die ebenfalls Verhandlungsabkommen mit dem Syndikat getroffen hatten, nicht erwidert, doch betrafen sie speziell darüber, daß durch den Austritt des westfälischen Bergwerks von dem Verhandlungsabkommen neue Schwierigkeiten in die Verhandlungen über die Syndikatserneuerung hineingetragen worden seien. Zusammen sei es zu begrüßen, daß auch nach dem Abkommen dieses Verhandlungsabkommens der Bergwerks weiter einen Vertreter zu den Verhandlungen über die Erneuerung des Syndikats entsenden. — Auch diese Darstellung bietet nichts Neues, höchstens könnte man aus ihrer freundlichen Wortfassung schließen, daß dahinter nicht alle Kräfte zwischen Syndikat und Bistum abgebrochen sind.

Die Ausichten für das Geschäftsjahr 1913 bezeichnen der Bericht als einen der bisherigen Erfahrungen und demgegenüberstande Stand der Marktlage durchaus günstigen. Speziell für die Kohlenproduktion mag das zutreffen, da

diese bisher immer zuletzt und sehr abgeschwächt den knäueligen Konjunkturrückschlag gespürt hat. Wesentlich anders lautet jedoch fortgesetzt die Nachrichten vom Eisenmarkt. An ihrem ungünstigen Gehalt kann man nicht länger abschließend vorübergehen, denn auch aus England und Belgien, ferner aus Amerika kommen die gleichen Mitteilungen über notgedrungene Preisermäßigungen und abflauende Nachfrage. Vor allem scheint Österreich vom dem Druck betroffen. Nach der 'Wirtschaftlichen Zeitung' blieb im April der Inlandsabsatz der österreichischen Eisenwerke in Stab- und Fassonstücken um 20 Proz. in Trägern um 25 Proz. in Grobblechen gar um 33 Proz. hinter dem gleichen Monat des Vorjahres zurück. Damit wäre der Absatz noch unter den des Jahres 1911 gesunken. In den Walzwerken der Alpen Montangesellschaften wird wöchentlich an zwei Tagen gefeiert; die Aktienbesitzer fangen an, mit einer Herabsetzung der Dividende bei diesem hervorragenden Vorzuspazier zu rechnen. Doch auch aus der Neuen Welt laufen die Hoffnungen nicht mehr so erfreulich wie bis vor kurzem. Die Rohisenpreise hatten hier ihren Höchststand Anfang Dezember erreicht; seitdem sind sie ganz wesentlich heruntergegangen (nördliches Südafrika pro Tonne, am 15. Mai 16,75 bis 17,00 Dollar). Man sucht hier die Schuld auf die schwächeren Eisenbahnleistungen zu schieben, die wiederum aus der Schwierigkeit neuer Anleiheausgaben bei der allgemeinen Geldknappheit und dem hohen Zinssfuß, also, wie man meint, aus vergänglichem Hindernissen erklärt wird. Die deutschen Eisenbahninteressen glauben jedoch so wenig an eine rasch vergängliche Erscheinung, daß sie die Gefahren einer stärkeren amerikanischen Exportkonkurrenz zu erörtern beginnen.

Nach der Verschlechterung des deutschen Arbeitsmarktes scheint sich fortzusetzen. Im Monat April kamen bei den an den 'Arbeitsmarkt' berichtenden Nachrichten auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 128,5 Arbeitsuchende; das sind 4,8 mehr als im Vormonat und sogar 6,8 mehr als im April des Vorjahres. Im Vergleich zum Vorjahre hält diese Verschlechterung nun schon seit dem Februar an. Dagegen lauten die englischen Arbeitslosenziffern für April noch immer günstig; von den an das Arbeitsamt berichtstehenden Trade Unions mit 912.046 Mitgliedern waren Ende April 1,7 Proz. arbeitslos, gegen 1,9 Proz. Ende März 1913 und 3,6 Proz. im (allerdings noch stark streikbetroffenen) April 1912.

Berlin, 20. Mai 1913.

Max Schippel.

### Bewegung im Berufe.

#### Bazug ist fernzubalten nach folgenden Branchen:

##### Brauereien:

- Sachsen, Export-Brauerei Dittmann u. Sauerländer.
- Kreuznach, Brauereien.
- Steinach, S.M., Bürgerbräu.
- Seipenturm, Brauerei Bod.

##### Bierneidelagen, Seltersfabriken.

- Kapod, Biergroßhandlung R. Robn.

##### Brauereien und Seifensfabriken:

- Stuttgart, Spritfabrik Wanz.

##### Wälder:

- Homburg a. M., Firma Stoll u. Gausmann.
- Köln-Deutz, Lohfäher u. Siekmann.
- Wetzlar, Seifensmühle G. Venter.
- Nürnberg, Kalkmühlmühle.

#### Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

##### Brauereien.

† **Frankfurt a. M. Friedberg.** Streik. Im Januar dieses Jahres wurde mit den Brauereien Sieckhauer und Winderker in Friedberg ein Tarifvertrag vereinbart, der den Kollegen Lohnserhöhung, Urlaub, vollständige Beschäftigung der Sonntagsarbeit usw. brachte. Bezüglich Ablösung des Hausstranks verständigte man sich, daß innerhalb drei Monaten weitere Verhandlungen stattfinden sollten. Dieselben fanden mit der Brauerei Sieckhauer statt, und wurden Vereinbarungen getroffen, wonach der Hausstrank ab 22. Mai abgelöst wird. Das niedrigere Bier wird pro Liter mit 15 Pf. vergütet. Herr Winderker verzögerte sich, jetzt jedoch die Ablösung des Hausstranks einzuführen, und erklärte der Organisationsverwaltung, erst ab 1. Oktober die Ablösung des Hausstranks eintreten zu lassen. Wenn dies nicht passe, könne gehen. Einstimmig beschloßen die Kollegen, die Arbeit niederzulegen, um einen früheren Termin zur Ablösung herbeizuführen. Am 16. Mai unterbreiteten die Kollegen Herrn Winderker den Beschluß und legten die Arbeit nieder. Sofort fanden Verhandlungen statt, und wurde mit der Organisation vereinbart, daß am 1. Juli die Ablösung des Hausstranks in Kraft treten solle. Die Kollegen waren mit dem Beschluß einverstanden und haben durch ihr geschlossenes Vorgehen gezeigt, daß sie auch den Mai haben, für ihre Forderungen ihren Kampf zu stellen und die Worte des Herrn Winderker: 'Wenn's nicht paßt, kann gehen!' geschlossen in die Tat umzusetzen.

† **Wemmel.** Tarifvertrag. Nach längeren Verhandlungen ist es uns hier wieder gelungen, an Stelle der abgelaufenen bzw. gekündigten Tarifverträge neue mit den beiden Brauereien abzuschließen.

Der Tarif mit der Aktienbrauerei bringt den Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde, für die Arbeiterinnen 1 Stunde, ferner eine Erhöhung der Löhne um 90 Pf. bis 3,50 Mk. Die Steigerung während der vierjährigen Vertragsdauer beträgt 30 bzw. 40 Pf. Die Bezahlung der heutigen Schicht mit 4 Mk. sollte Gewährung von Urlaub von 2-3 Tagen wurde ferner erzielt.

Die Verhandlungen mit dem böhmischen Brauhaus zogen sich sehr lange hin. Die Direktion der Brauerei hatte sich schon auf einen Kampf vorbereitet, ja suchte durch Inserate in den Tageszeitungen Personal. Ein Gegeninserat von unserer Seite machte die Arbeiterhoffnung darauf aufmerksam, daß wir in einer Lohnbewegung stehen.

In letzter Stunde gelang es jedoch, noch eine Einigung zu erzielen und einen neuen Tarif abzuschließen. Er brachte den Kollegen 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung, den Frauen 1/2 Stunde, ferner eine Erhöhung der Löhne um 75 Pf. und 1 Mk. Die Lohnsteigerung während der vierjährigen Vertragsdauer beträgt 30 und 40 Pf., Frauen 25 Pf. Der Einstellungslohn steigt pro Vertragsjahr um 30 Pf.

Die Uneinigkeit der Kollegen trug wesentlich dazu bei, daß nicht mehr erreicht wurde.

Doch nun gilt es, weiter zu arbeiten; es muß mehr Kollegialität, Kameradschaft und Solidarität bei den Kollegen Einzug halten. Mögen die Kollegen dies beherzigen und danach handeln.

† **Neustadt a. Rh.** Streit und Tarifabschluß. Nach dreitägigem Streit gelang es mit dem Brauhaus Neustadt a. Rh. einen Tarifabschluß abzuschließen. Da es Herrn Burkat vor zwei Jahren gelang, die Kollegen aus der Organisation herauszubringen und unsere Forderungen zurückzumeisen, war er wohl der Meinung, daß ihm diesmal das gleiche Mandat gelingen könnte. Obwohl er drohte, daß er unbedingt keinen Organisierten im Betriebe dulde, obwohl er die Verbandsvertreter kräftig aus dem Bureau wies, ließen sich die Kollegen diesmal doch nicht abführen. Als Herr Burkat sah, daß Drohungen nicht wirkten, versuchte er den Kollegen seinerseits Verbesserungen aufzubringen. Obwohl durch diese Vereinbarungen verschiedene Verbesserungen vorgesehen waren, bestanden aber die Kollegen — gewiß durch frühere Vorkommnisse — darauf, daß er mit der Organisation verhandeln und einen Tarif abschließen müsse, und legten, als er dies verweigerte, alle die Arbeit nieder.

Durch Vermittlung des Bezirksamtes Neustadt fanden dann Verhandlungen statt, durch welche es gelang, die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herabzusetzen, für die Bierfahrer, deren Arbeitszeit bei einzelnen Lagen 36-40 Stunden betrug, die Festlegung zu treffen, daß dieselben nach größeren Lagen eine Ruhezeit von 10 Stunden erhalten. Der Anfangslohn für Brauer, welcher bisher 75 Mark pro Monat betrug, wurde auf wöchentlich 21 Mk. steigend bis 25 Mk. festgesetzt. Beiratete erhalten eine Mark pro Woche mehr. Der Anfangslohn der Bierfahrer, welcher bisher 65 Mk. pro Monat betrug, wurde auf 19 Mk. steigend bis 21 Mk. und der der Hilfsarbeiter, welcher ebenfalls 65 Mk. monatlich betrug, auf 17 Mk. steigend bis 20 Mk. festgesetzt. Die Bezahlung der Sonntagsarbeit wurde neu eingeführt und der 1/2 des S.G.B. geregelt. Bei der Behandlung der Sonntagsarbeit wurde unsererseits darauf verwiesen, daß — obwohl nach Kommandant Landmann eigentlich nur die Gärferarbeit, die Hausarbeit sowie das Bierkaufen als Sonntagsarbeit zu betrachten sei — doch im Brauhaus Neustadt an den Sonntagen Keller gewaschen, Schläuche gepulvt, Flaschen gewaschen werden usw., worauf der Bezirksamtmann Herrn Burkat erklärte, wenn so etwas zur Kenntnis des Bezirksamtes komme, so müßte dasselbe mit Strafen einfließen. Auf die verwandte Gegenrede des Herrn Burkat, daß er doch Sonntags Reinigungsarbeiten vornehmen dürfe, wurde seitens des Bezirksamtmannes ausdrücklich erklärt, daß keine Reinigungsarbeiten an den Sonntagen verrichtet werden dürften. Dieses mögen sich die Kollegen in den verschiedenen Brauereien, besonders auch in Windsheim merken, wo sie sehr oft nachtags Landarbeit und Sonntags alle vorkommenden Brauereiarbeiten zu verrichten haben. In den Kollegen von Neustadt aber liegt es, durch Einigkeit und Festhalten an der Organisation das nach zähem Kampfe Erreichte auch zu erhalten.

† **Offenburg.** Tarifvertrag. Nach monatelangem Verhandeln ist nun der Tarifvertrag in der Brauerei Krambrüner zum Abschluß gekommen. In dieser auch nicht so gut ausgefallen, wie es die Christenführer in ihrem schwarzen Sozialblättchen darzustellen versuchten, so ist doch der gemachte Fortschritt nicht zu unterschätzen. Die Christen freilich haben Ursache, damit voll und ganz zufrieden zu sein. Den ganzen Lohnkampf ließen sie uns allein führen, kein Mensch hätte sich um die paar christlichen Mitglieder gekümmert, wenn wir nicht aus Gerechtigkeitsgefühl das getan hätten. Erst als nach unzähligen Verhandlungen die Brauerei sich zu den gemachten Zugeständnissen bequimte, erschien der Christenführer aus Karlsruhe auf dem Plan, tauchte die Feder in die Tinte und tröpfelte seinen Namen unter unsere mühsame Arbeit. Das war alles, aber auch alles, was diese Organisation geleistet hat. Darin es doch eine Annäherung vordergleichen, von einer Ertrugenschaft der christlichen Gewerkschaft zu sprechen. Hätte der Christenführer auch nur einen blauen Punkt davon gehabt, wie unser Verband um jeden einzelnen Groschen hart und schwer kämpften müßte, dann hätte er wohl kaum den schwarzblättchen Lobgesang auf die Firma Krambrüner angestimmt.

Wir haben den Christenführer sogar im Verdacht, daß er nicht ganz unschuldig daran ist, wenn einzelne Wünsche unserer Kollegen nicht erfüllt worden sind. Sein plötzliches Auftauchen bei der letzten Verhandlung ist mindestens recht bedenklich.

Für unsere Kollegen aber soll das Verhalten dieser 'Kampfgewerkschaft' ein Ansporn sein, sich mehr wie bisher um die Ausbreitung unseres Verbandes zu bemühen. Am Dienstag, den 10. Juni, findet im 'Anker' unsere Mitgliedererversammlung statt und erwarten wir für diese einen vollständigen Besuch.

† **Stuttgart-Böblingen.** Eine wenig erfreuliche Behandlung haben die Arbeiter der Brauerei Dinkelacker in Böblingen zu erdulden. Seit Januar dieses Jahres besteht dort, wie in den übrigen Brauereien der Umgebung, ein Tarifvertrag. Die Firma glaubt unheimlich, daß der Tarifvertrag einmal das, was den Arbeitern die denkbar größte Arbeitsleistung herauszupressen, zum anderen erlaubt sie in dem Tarif einen Freibrief, der den Arbeiter die größten Willkürakte gegen das Personal gestattet. Schon wiederholt hatten wir uns über das Auftreten des dortigen Oberbrauereisowie über das des Verwalters bedauert. Gegen die Uebergriffe genannter Herren findet die Firma anheimelnd keine Worte, denn offenbar begegnet die Firma aber denen, die im Auftrag ihrer Kollegen Reichwerden führen. Da kommt es sogar vor, daß man mit Entlassung droht. Das

Arbeitspersonal ist im Verhältnis zu der zu bewältigenden Arbeit zu knapp. Ist ein Arbeiter krank, was bei der intensiven Arbeitsweise gar zu leicht möglich ist, so werden alle möglichen Leute herangezogen, um den Lohnsatz zu hintergehen. Daß dabei aber die erste Voraussetzung eines geordneten Brauereibetriebes, nämlich die Reinlichkeit, die allerdings vorher schon ein sehr beschleunigtes Dasein fristet, noch mehr leidet, das entgeht unschwerend der Firma.

Die Bierfahrer haben die gleichen Beschwerden. Der Verwalter scheint nicht zu begreifen, wie man Menschen zu behandeln hat. Ohne die Anwendung verschiedener 'Namen' kommt jener Herr nicht aus. Alle Arbeiter gelten als faul, nur er, der Herr Verwalter, ist sehr fleißig. Die Bezahlung der Nachfahrten wird verweigert, obwohl die Schuld, daß die Bierfahrer bis nach 11 und 12 Uhr ausbleiben müssen, beim Verwalter liegt. Dieser ist auch sonst jederzeit bereit, die Bierfahrer zu schikanieren. Dieses Frühjahr wurden zwei Arbeiter wegen Arbeitsmangels entlassen mit dem Bemerkten, sobald das Geschäft wieder besser gehe, würden sie wieder eingestellt. Nun hat man aber in letzter Zeit zwei polnische Arbeiter eingestellt, angeblich um sie in der Landwirtschaft zu beschäftigen, in Wirklichkeit werden aber die Leute zu allen möglichen Dingen verwendet. Das Flaschenbiergeschäft wird beinahe ganz mit diesen Arbeitern erledigt. Die anderen sonst dort beschäftigten Arbeiter werden alle halbe Stunden bald da bald dorthin gejagt. Aber auch sonst wird versucht, die Arbeiter nach jeder Richtung hin zu drangalieren. Wir sind aber nicht gemüht, die Nichtachtung des Tarifs stillschweigend hinzunehmen. Wir möchten deshalb der Brauerei Dinkelacker in Böblingen raten, den Bogen nicht zu überspannen.

### Korrespondenzen.

**Nachen.** Am 4. Mai fand unsere Versammlung statt. Der Geschäfts- und Kassenbericht erstattete der Vorsitzende. Bezirksleiter Frank berichtete über die jetzigen Verhältnisse in der Brauerei Rote Erde und wies weiter darauf hin, daß die Kollegen mehr agitieren und nicht alles dem Vorstand überlassen sollten. In der Diskussion wurde lebhafteste Klage geführt über einige Vertrauensleute, welche nicht voll und ganz ihren Posten vertreten.

Ueber die Verhältnisse in Nachen und Umgegend ist wenig Erfreuliches zu berichten. Die Brauerei Hammacher, welche im Tarifverhältnis steht, entläßt Leute, ohne irgendwelche einzustellen; wenn aber jemand um Arbeit anfährt, wird er gefragt: Sind Sie organisiert? Das beträgt sich nicht mit ihrer Stellung als Tarifkontrahent. Man hat auch erklärt, wenn mehr Lohn gezahlt werden würde, würden weniger Leute beschäftigt. Den Kollegen wird also eine noch größere Arbeitsleistung zugemutet. Einem Arbeiter, welcher schon längere Jahre dort beschäftigt und Ausländer ist, wird bei 15 Mk. Wochenlohn noch Abzug gemacht, wenn er Montags von zu Hause kommt.

In Sichweiler, wo durch Ignation schon schonere Erträge erzielt waren, kehrten die Kollegen wieder dem Verband den Rücken mit der Begründung: Wenn nicht gleich ein Tarif eingeführt wird, treten wir aus. Das ist die Handlung von Leuten, die andere für sich kämpfen lassen um bessere Lebensverhältnisse und sich lediglich der Mühe unterziehen, das Ertrugene mit zu genießen.

In Saarlen, wo auch der neue Tarif eingeführt ist, wollten sich auch zwei unorganisierte Bierfahrer die Erträge der Organisation zuwande machen, und da sie nicht organisiert sind, wurden sie vorzeitig bei der Firma. Mit welchen Worten sie abgewiesen sind und welchen Lohn sie erhalten, konnten wir noch nicht feststellen. Auch hier gibt es also noch Arbeitskollegen, welche nicht fair, aber ernten wollen. Auch die Bierfahrer in Saarlen müssen sich dem Verband anschließen und für ihre Interessen in der Organisation eintreten. Klage geführt wurde auch über die Behandlung.

In der Industriestadt Stolberg, Bezirk Nachen, finden wir noch Wochenlöhne von 20-22 Mk. bei einer eifrigen Arbeitszeit. Wir haben auch dort keinen Fuß gefaßt und haben in einer Brauerei das gesamte Personal organisiert, in einer zweiten die Hälfte. In der letzten Versammlung, welche wir für die Stolberger Kollegen einberufen hatten, fehlten gerade diese Arbeiter, welche unter den schlechtesten Bedingungen arbeiten. Annahmen hatten wir 5 zu verzeichnen. Welche Verhältnisse in einer Brauerei noch herrschen, sei in kurzen Zügen hier noch angeführt. Brauereier Schiepel, Leiter der Bierbrauerei, titulierte die Kollegen mit den gemeinsten Worten. Kürzlich wurde dem dort tätigen Oberburschen gekündigt. Als Grund wurde angeführt: Wenn ich einen Oberburschen habe, der nach Tag und Nacht im Betriebe sein, sonst kann ich ihn nicht brauchen! Derselbe ist dort 6 Jahre tätig gewesen und zwar — nach seinem Zeugnis zu urteilen — zur größten Zufriedenheit. Da die Kollegen noch im Gedächtnis haben, so möchte man der Oberbursche eine Ausnahme und verheiratete sich, deshalb die Kündigung. Auch ist es keine Seltenheit, daß Sonntags noch 5-6 Stunden gearbeitet wird ohne Vergütung. Ein Kollege, welcher dort 8 Monate in Arbeit war und sich nach anderwärts wandte, bekam kein Zeugnis mit dem Bemerkten: Ein gutes Zeugnis bekommen Sie nicht und ein schlechtes wollen Sie nicht! Dieser Kollege hat bis heute noch kein Zeugnis. So verfährt dieser Brauereier mit den Leuten. Der Jahreshabende, welcher den Stalldienst von morgens 5 Uhr bis abends 8 Uhr zu besorgen hat, bekommt eine ganze Mark. Ein sehr wunder Punkt ist auch das Schlafen im Schicht. Sie sind gewohnt, daß durch Lichtschalter der Hofe die günstigen Gase in das Zimmer ausströmen, so daß die Kollegen nicht im Zimmer bleiben können. Da nun alle Arbeiter dieser Brauerei den Weg zur Organisation gefunden haben, kommt in Rede auch ihre Verhältnisse gebessert werden. Den Kollegen rufen wir aber zu, Reiz trenn und jetzt zum Verband zu halten, nur dadurch ist was zu erreichen.

Auch auf dem Lande finden wir Verhältnisse, die verbesserungsbedürftig sind, aber es liegt nur an den alten dort eingetragenen Kollegen selbst, die da warten, bis fremde Kollegen kommen, um ihre Verhältnisse zu verbessern. Da ist Cornelimünster. Hier wurde vor 24 Jahren vom Grunde ein Tarif auf drei Jahre abgeschlossen. Geht sehr viel im Vertrag, aber vieles wird auch nicht gehalten. In dieser Zeit kam auch ein Brauereier, nach Oberburschenwechsel vor. Was nun diese beiden Herren

den in der Fabrik die Maschinen zu schmelzen und so oft ein mangelhaftes Bier zu geben, ist für mich ein großes Problem. Es ist wohl schon lange her, als ich im Brauereiwesen angefangen habe. Ich habe viel erlebt, aber es ist immer alles anders. Ich habe viel gelernt, aber es ist immer alles anders. Ich habe viel erlebt, aber es ist immer alles anders.

Der Vorstand des Brauereiverbands hat sich in der letzten Sitzung mit dem Bericht des Vorsitzenden auseinandergesetzt. Der Bericht enthält eine eingehende Darstellung der Lage der Brauereiindustrie in Deutschland. Besonders wichtig ist die Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Der Vorstand hat beschlossen, dass der Verband alles in seine Macht stehende tun wird, um die Interessen der Arbeiter zu wahren.

Ein weiterer Punkt, der in der Sitzung diskutiert wurde, ist die Frage der Gewerbesteuer. Die Brauereiindustrie trägt eine erhebliche Last durch diese Steuer. Der Vorstand hat beschlossen, dass der Verband alles in seine Macht stehende tun wird, um die Gewerbesteuer zu senken.

Die Sitzung endete mit der Wahl des Vorstandes für das nächste Jahr. Die Mitglieder haben sich für den bisherigen Vorsitzenden ausgesprochen, der sich um die Angelegenheiten des Verbandes sehr verdient gemacht hat.

Die Kollegen, die bisher im Schlichter über den Ausschuss sind, sind über die Angelegenheiten der Brauereiindustrie sehr besorgt. Sie haben sich in der letzten Sitzung mit dem Bericht des Vorsitzenden auseinandergesetzt. Der Bericht enthält eine eingehende Darstellung der Lage der Brauereiindustrie in Deutschland. Besonders wichtig ist die Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Der Vorstand hat beschlossen, dass der Verband alles in seine Macht stehende tun wird, um die Interessen der Arbeiter zu wahren.

Ein weiterer Punkt, der in der Sitzung diskutiert wurde, ist die Frage der Gewerbesteuer. Die Brauereiindustrie trägt eine erhebliche Last durch diese Steuer. Der Vorstand hat beschlossen, dass der Verband alles in seine Macht stehende tun wird, um die Gewerbesteuer zu senken.

Die Sitzung endete mit der Wahl des Vorstandes für das nächste Jahr. Die Mitglieder haben sich für den bisherigen Vorsitzenden ausgesprochen, der sich um die Angelegenheiten des Verbandes sehr verdient gemacht hat.

**Witten.** Ein wenig loyal Herr Jäger der Obermüller der Malzgermühle in Witten zu sein. Ein herrliches Auftreten gegen die Untergebenen ist bekannt, doch mehr Menschlichkeit hätte man doch erwarten können. Die Wähler erwarten ihn, zur Beerdigung ihres Kollegen gehen zu dürfen. Das wurde abgelehnt, der Betrieb könne nicht stehen. Und wenn dies nicht passe, könne ja gehen. Er nahm sich des Rechts, die Nachschicht zur Beerdigung zu kommandieren. Hier scheinen die Arbeiter auch in ihren Beziehungen unter der Führung des Herrn Obermüllers zu stehen. Festgestellt ist, dass am Feiertagsmorgen 17 Mann der Nachschicht gearbeitet haben und der Betrieb stand nicht. Ob dies mit Wissen der Direktion geschah, wissen wir nicht. Hoffentlich gibt sie ihrem Obermüller auf, in künftigen Fällen anders zu handeln.

**Born-Mag.** Wenn man die Herren Arbeitgeber so unter sich reden hört, so sind die Arbeiterorganisationen die Schlichter und Besessenen, was man sich auf Erden nur denken kann, und glauben sehr viele dieser Herren, sie hätten die Pflicht, diese unverständigen Arbeiter davon zu befreien.

Zu diesen Herren rechnen wir auch den Herrn Malzmeister Georg Reidlinger, Nebenmühle Mag.

Wenn dieser Herr nach langem Suchen endlich einen Malzherausgeber gefunden hat, so ist die erste Frage: "Sind Sie im Verband?" "Nein!" "Na, ich kann Ihnen sagen, gehen Sie mit nicht rein in den Verband, denn sonst werden Sie das Arbeiten, Sie werden unzufrieden; ich habe diese Verhandler kennen gelernt, immer haben Sie etwas zu sagen. Was Sie brauchen, bekommen Sie von mir, und wenn Sie sich bei mir unterstützen wollen, erhalten Sie 20 Mk. pro Woche, die Wohnungen sind hier so billig, dass Sie sich schon leben können." So sprach Herr Reidlinger, und unser junger Kollege denkt, was müssen diese Verhandler doch für schlaue Leute sein, der verspricht mir ja den Himmel mit Erden. Er weiß ja nicht, dass alles das, was jetzt bei Herrn Reidlinger im Gange ist und durch Eingreifen des Verbandes geschehen wurde, trotzdem es noch wenig genug ist. Denn hätte ihn Herr Reidlinger gesagt, dass bis vor einem Jahr die Leute noch in einem Zustand in Dred und Sped waren und wohnen mussten, dann hätte ihm dieser Kollege wohl etwas anderes erzählt. Nun hat ja Herr Reidlinger glücklich wieder einen Kutter, und nach dem einen nachtrageneren. Aber mit des Gewinnes Rechten ist kein ewiger Wind zu fliehen. Die Freude hat bald wieder ein Ende. Denn dieser unorganisierte Kollege bekam nach Hunger bei der Arbeit und er fand ungeheuer schnell heraus, dass man bei einer 14-tägigen ungestörten Arbeit wohl ein wenig ein anders Essen verdienen konnte, als den ewigen Dred und Sped und mittags die brennen Suppen. Der Kollege ungeteilt zufrieden ab und ist nach kaum 5 Wochen schon am 10 Pfund leichter geworden. Er denkt sich, wenn das noch lange Zeit so weiter geht, kann ich auf die Feiertage und die billige Wohnung verzichten. Dann bringen sie mich auf den Friedhof. Er geht, kaum 5 Wochen haben genügt, um auch diesen Kollegen zu überzeugen, dass man von den kleinen Rechen der Herren Malzmeister nicht leben kann, er kommt zu uns und findet uns, andere Kollegen bei diesem Betrieb zu werden, denn es wäre unmöglich, das ein Recht bei den Ecken zu verdienen, und schließt sich auch gleichzeitig unserer Organisation an.

Die Kollegen, die bisher im Schlichter über den Ausschuss sind, sind über die Angelegenheiten der Brauereiindustrie sehr besorgt. Sie haben sich in der letzten Sitzung mit dem Bericht des Vorsitzenden auseinandergesetzt. Der Bericht enthält eine eingehende Darstellung der Lage der Brauereiindustrie in Deutschland. Besonders wichtig ist die Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Der Vorstand hat beschlossen, dass der Verband alles in seine Macht stehende tun wird, um die Interessen der Arbeiter zu wahren.

Ein weiterer Punkt, der in der Sitzung diskutiert wurde, ist die Frage der Gewerbesteuer. Die Brauereiindustrie trägt eine erhebliche Last durch diese Steuer. Der Vorstand hat beschlossen, dass der Verband alles in seine Macht stehende tun wird, um die Gewerbesteuer zu senken.

Die Sitzung endete mit der Wahl des Vorstandes für das nächste Jahr. Die Mitglieder haben sich für den bisherigen Vorsitzenden ausgesprochen, der sich um die Angelegenheiten des Verbandes sehr verdient gemacht hat.

**Rundschau**

**Aus der Brauindustrie.**

Der Wirtschaftsjahre Brauereiverein, dessen Mitgliedszahl 550 beträgt, beschloß am 17. Tagung am 26. und 27. Mai in Kottbus nach einem Besuche des Brauereivereins in Kottbus, Rauenburg, den korporativen Beirat zum Deutschen Brauereiverein und wollehäftlich der Gewerkschaften einiger wichtiger Wirtschaftskreise. Mehrere Vorschläge wurden dem Ausschuss zur weiteren Verhandlung überwiesen, darunter auch der auf Gründung eines Vorkontingentsverbandes mit den wichtigsten Brauereien. In der Delegiertenversammlung sagte Brauereibesitzer Wundertich, Friedberg: "Die heutige Tagung sei von großer Tragweite für die Organisation. Der Bund solle aber nicht nur die Interessen, sondern auch die materiellen Interessen seiner Mitglieder fördern. Schon manches wäre heute anders, wenn die Mitglieder nicht teilweise so isoliert gewesen wären. Die Mitglieder des Bundes müssten alle egoistischen Geschäftsinteressen im Interesse des Bundes zurückstellen und an dem Wohle des Bundes, dessen Förderung auch dem einzelnen zugute komme, mitarbeiten."

Was auch die Mitglieder unseres Verbandes sich gesagt sein lassen möchten.

Die Brauerei Meißel u. Co., Leipzig, hat die Malzfabrik von Krieschan in Götzchen gekauft, die für eine Jahresproduktion von 50.000 Zentnern eingerichtet ist, und gebietet ihnen Malzbedarf hier zu decken.

Die Malzfabrik Schöffler u. Comp. in Ludwigshafen a. Rh., mit welcher wir in manchen Ecken auszusprechen hatten und bei welcher die Kollegen diesen Winter noch herzlich willkommen waren, wurde unter Mitwirkung der Pfälzischen Staat, Ludwigshafen, und der Pfälzischen Malzfabrik U. B. in Mannheim in eine Gesellschaft mit beiderseitiger Haftung unter der Firma "Malzfabrik Ludwigshafen a. Rh. u. Mannheim" umgewandelt. Hoffentlich wird das Arbeitsverhältnis unter der neuen Firma ein gesünderes.

Die Brauerei Hof in Schwesingen, mit welcher wir voriges Jahr einen Vertrag abgeschlossen hatten, hat den Betrieb eingestellt. Dasselbe ist an die Brauerei Kleinmann ("Zum Schwanen") in Schwesingen übergegangen.

**Aus der Mühlenindustrie.**

Es mag bei der Mälzerei noch noch etwas verbien werden. Die Firma Georg Plange, die bereits in Wilhelmshagen, Düsseldorf und West große Mühlen besitzt, hat nun auch noch die Mühle der Firma H. W. Lange u. Comp. in Altona a. E., die mit 3 Mill. Mk. Aktienkapital arbeitete, gekauft.

Ein neues Mühleninstitut ist entstanden, indem 30 Mühlen in Sachsen und Posen, die hauptsächlich Oberpöhlen mit Weizen besorgen, sich zu einer Vertikalenvereinigung zusammengeschlossen haben. Zweck der Vereinigung ist die Regelung der Preise und Zahlungsbedingungen.

Dem südwestlichen Mühleninstitut gehören folgende Firmen an: Süddeutscher Mühlenwerke Akt.-Ges., Straßburg; Schaffer Mühlenwerke Akt.-Ges., vorm. Post-Müllerei, Sand u. G. Ranspacher, Straßburg, Akt.-Ges. für Mühlenbetrieb, Neustadt a. d. S., Mühlengruppe Akt.-Ges. vorm. Schreiber, Neustadt a. d. S., Friedr. Correll u. Co., Neustadt a. d. S., vorm. Knüttel, Neustadt a. d. S., Erste Mannheimer Dampf- und Mühlenwerke Akt.-Ges., Mannheim; Pfälzische Mühlenwerke Akt.-Ges., Mannheim; Rheinisch-westfälische Mühlenwerke Akt.-Ges., Mannheim; Bernmann-Mühlenwerke G. m. b. H., Mannheim; Gertrudmühle vorm. E. Georg Akt.-Ges., Dreiberg, Rheinisch-westfälische Mühlenwerke Akt.-Ges. vorm. E. Söhne, Dillenburg-Kranfurt a. M.; Z. S. Krieger Akt.-Ges., Dillenburg; Mannheimer Mühlenwerke Akt.-Ges., Mannheim; Mathias u. Weill, Worms, und die Rheinische Mühle Akt.-Ges., Goldammer bei Landau (Pfalz); Hofmühle, Kranfurt a. M., Geln. Hof, Kranfurt a. M., Fr. Wiener, Bonn. Von den südwestlichen Vertikalenvereinen und Mühlenbetreibern wird die Gründung eines Mühlenvereins geplant.

**Aus dem Reich.**

Die Forderungen des § 153 der Reichs-Gewerbeordnung. Vor dem Schöffengericht Meißel hatten sich die Kollegen Rudolph-Meißel und Luerbach-Meißel und der Bruder Rudolph-Meißel im Termin vom 28. Mai wegen angeblicher Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Dieser Prozess resultierte aus einem Lohnkampf der Mühlenarbeiter bei der Firma Alexander Dehner in Meißel, den die Arbeiter dieser Firma zu führen gezwungen waren, weil der Firmeninhaber, der im Unternehmensverband für das Mühlengewerbe organisiert ist, auf Betreiben dieses Verbandes jede Unterhandlung mit den Arbeitern ablehnte. Um die im Lohnkampf fehlenden Arbeiter zu unterstützen, beschloß am 6. März das Reichsener Gewerkschaftsrat, den Vorkontingentsverband der Produkte der Firma Dehner zu verhängen und die Ab-

Der Vorstand des Brauereiverbands hat sich in der letzten Sitzung mit dem Bericht des Vorsitzenden auseinandergesetzt. Der Bericht enthält eine eingehende Darstellung der Lage der Brauereiindustrie in Deutschland. Besonders wichtig ist die Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Der Vorstand hat beschlossen, dass der Verband alles in seine Macht stehende tun wird, um die Interessen der Arbeiter zu wahren.

Ein weiterer Punkt, der in der Sitzung diskutiert wurde, ist die Frage der Gewerbesteuer. Die Brauereiindustrie trägt eine erhebliche Last durch diese Steuer. Der Vorstand hat beschlossen, dass der Verband alles in seine Macht stehende tun wird, um die Gewerbesteuer zu senken.

Die Sitzung endete mit der Wahl des Vorstandes für das nächste Jahr. Die Mitglieder haben sich für den bisherigen Vorsitzenden ausgesprochen, der sich um die Angelegenheiten des Verbandes sehr verdient gemacht hat.

**Mühlenarbeiter.**

Die Kollegen, die bisher im Schlichter über den Ausschuss sind, sind über die Angelegenheiten der Brauereiindustrie sehr besorgt. Sie haben sich in der letzten Sitzung mit dem Bericht des Vorsitzenden auseinandergesetzt. Der Bericht enthält eine eingehende Darstellung der Lage der Brauereiindustrie in Deutschland. Besonders wichtig ist die Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Der Vorstand hat beschlossen, dass der Verband alles in seine Macht stehende tun wird, um die Interessen der Arbeiter zu wahren.

Ein weiterer Punkt, der in der Sitzung diskutiert wurde, ist die Frage der Gewerbesteuer. Die Brauereiindustrie trägt eine erhebliche Last durch diese Steuer. Der Vorstand hat beschlossen, dass der Verband alles in seine Macht stehende tun wird, um die Gewerbesteuer zu senken.

Die Sitzung endete mit der Wahl des Vorstandes für das nächste Jahr. Die Mitglieder haben sich für den bisherigen Vorsitzenden ausgesprochen, der sich um die Angelegenheiten des Verbandes sehr verdient gemacht hat.

nachher der Firma Heubach in Remscheid zu gehen. In diesem Zweck sind nun Dresden zwei Flugblätter verteilt worden, die neben einer vom Gewerkschaftsrat angenommenen Resolution einige erläuternde Sätze enthalten. Den Angeklagten liegt nun die Auflage zur Last, daß sie durch die Forderung dieser Schlagzüge einen Druck auf die Teilnehmer der Versammlung ausüben wollten. Die gleiche Ansicht wird weiter in dem Wortlaut zweier Briefe an die Arbeiter, die die Urkunde am 2. Juni an den Arbeiter der Heubach-Fabrik geschickt hat. Weiter soll er sich noch gegenwärtig einem Arbeiter gegenüber in demselben Sinne ausgesprochen haben. Der dritte Angeklagte, Buchdruckermeister Spahl, kam nur als Zeuge der Flugblätter in Frage. Die Angeklagten stellten in der Verhandlung entschieden in Abrede, daß sie einen Druck auf die Teilnehmer ausüben beabsichtigten. Sie hätten nur die Absicht gehabt, die Arbeiter von der Sache im Remscheid zu gehen. Das Gericht hielt jedoch alle drei Angeklagten für schuldig des Versuchs gegen den § 153 der Gewerbeordnung und verwurte die Richter zu drei Wochen, Heubach zu vier Wochen und den Zeugen Spahl gleichfalls wegen Versuchs gegen § 153 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 49 des Strafgesetzbuches zu einer Woche Gefängnis.

Wir glauben nicht, daß die Bemerkungen es bei dem Urteil belassen wird.

Der Reichstag gegen die Produkte der Hamisch-Mühle in Hütten bei Königsberg beschlagnahmte das Landgericht Dresden als Verurteilung. Angeklagt wegen Versuchs gegen § 153 der Gewerbeordnung war Kollege Richter, Geschäftsführer der Hüttenwerke Dresden. Anfangs August in 3. Beauftragten die Arbeiter der Hamisch-Mühle bei Königsberg, Inhaber Zeißig, ihre Organisation mit der Gewerkschaft von Hütten abgelehnt, außerdem verlangte diese noch, daß die Arbeiter aus ihrer Organisation austreten sollten. Selbstverständlich wiesen die Arbeiter dieses Vorhaben zurück. Nunmehr erfolgte die Entlassung sämtlicher Organisationsleiter. Die Organisation nahm nun Veranlassung, die Öffentlichkeit und die Arbeiter der Produkte der Hamisch-Mühle von dem furchtbaren Verhalten des Reichstages zu unterrichten. In seiner Eigenschaft als Organisationsleiter schickte zu diesem Zwecke zwei Flugblätter. Im ersten Flugblatt wurden die Arbeiter aufgefordert, ihren Bezug bei der Hamisch-Mühle einzustellen. Vier Wochen später folgte das zweite Flugblatt, in dem die Arbeiter aufgefordert wurden, der Organisation mitzutreten, ob sie ihrer Geschäftsbekanntmachung gelöst hätten oder nicht lösen würden, damit sie in das in nächster Zeit zu beschließende Verhältnis aufgenommen werden könnten. Eine ganze Anzahl Arbeiter kam dieser Aufforderung auch nach und löste ihre Geschäftsverbindungen mit der Hamisch-Mühle. Die Arbeitermeister Kling-Königstein und Steglich-Mitendorf teilten dies der Firma mit. Kommt es nun die Auflage. Die Auflage legte hauptsächlich Wert darauf, daß die Arbeiter durch Drohungen bestimmt und zu bestimmten Versuchen, an Verabredungen teilzunehmen, die die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bezwecken. Vom Schöffengericht wurde er damals zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt, trotzdem er ausgesprochen hatte, daß die Arbeiter nicht in den Streik getreten, sondern entlassen worden seien. Er habe sich für verpflichtet gehalten, die Öffentlichkeit über den Sachverhalt zu informieren, da die Firma ihren Arbeitern das gesetzlich gemächliche Wahlrecht nicht abzurufen wollte. Nachher seien die Arbeiter in die Gewerkschaft aufgenommen, also nicht unter die Strafvorschrift des § 153 fallen. In der Urteilsverhandlung wurde unter anderem angeführt, daß, trotzdem der Angeklagte noch unbeschäftigt ist, mit Rücksicht auf den der Firma erachteten großen Schaden und die allgemeine Gefahr, die durch das Verhalten des Angeklagten entstanden sei, auf Gefängnis erkannt werden dürfte.

Gegen dieses Urteil legte Kollege Richter Berufung ein. Das Berufungsgericht schloß sich aber im wesentlichen den Urteilen der ersten Instanz an. Die Berufung wurde verworfen. In der Begründung führte das Gericht aus, daß in diesem Falle die Arbeitermeister Kling-Königstein und Steglich-Mitendorf die Arbeiter, also „andere“ im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung waren, aber keine Gegner.

Interessant ist, wie über die Urteile dieses Komplexes der Arbeitgeberverband der Schiffs- und Mühlenindustrie in der „Allgemeinen Mühlenzeitung“ berichtet:

„Im August 1912 trat das Gesamtorgan der Hamisch-Mühle in Hütten an den Richter Herr Zeißig mit Lohnforderungen heran, trotzdem 3. März vorher den Arbeitern und Besitzern eine Zulage bewilligt hatte. Da die Lohnbewegung auch auf andere Mühlenbetriebe in der Provinz und Dresden übergriff, besetzte sich der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter mit der Angelegenheit und überreichte dem Arbeitgeberverband der Schiffs- und Mühlenindustrie einen umfangreichen, vielfach verfassmässigen Darstellungsbericht zur unterjährlichen Anerkennung. Der Arbeitgeberverband verbat sich eine derartige Verhandlung und lehnte jede weitere Unterhandlung mit der Arbeiterorganisation ab. Auch Herr Zeißig vertrat diesen Standpunkt, weshalb aber den in seinem Werke beschäftigten Mählern eine angemessene Lohnzulage unter der Bedingung, daß die Arbeiter aus der Organisation austreten würden. Die Verweigerung des Austritts sollte unter Befreiung der gesetzlichen Frist der Kündigung gleichgesetzt werden. Die betreffenden Mühlenarbeiter unterwarfen sich der Bedingung nicht, sondern blieben schon am nächsten Montag gefühllos von der Arbeit weg.“

Es paßt wunderbar zusammen, der Probenumfang, der die Ermahnung eines Tarifentwerfers als Behauptung bezeichnet, die Ablehnung der Verhandlungen und die Selbstverständlichkeit, mit welcher die Aufforderung an die Richter zum Austritt aus der Organisation mitteilt wird. Auch diese Herren werden noch mit der Organisation verhandeln, darauf können sie sich verlassen.

**Wirtschaftliches, Soziales.**

1. Die Arbeitszeit in Industrien mit ununterbrochenem Betrieb. Die Londoner Konferenz der Sonderkommission für die Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben war von 12 Landesabteilungen der internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterrecht besucht. Aus den Verhandlungen ergab sich, wie Zimmermann in der „Soz. Praxis“ anführt, daß die britische Hochleistungsindustrie bereits zum größten Teil das Dreizehnstundenmaß zu je 8 Stunden durchzuführen und zwar nicht nur mit gutem sozialem Erfolg, sondern auch ohne welche wirtschaftliche Einbuße. Als Grund der Konvention wurden folgende Entschlüsse angenommen: 1. Die Arbeitsstunden sind in Industrien mit ununterbrochenem Betrieb (Tag- und Nachtarbeit) das beste System und es wird vom Standpunkt des körperlichen und geistigen Wohlbefindens der Arbeiter aus im sozialen und volkswirtschaftlichen Interesse empfohlen. 2. In erster Linie ist die Arbeitsstundenbeschränkung für die Arbeiter an den Hochöfen und in Eis- und Stahl- und Walzwerken notwendig und durchführbar. 3. Die Kommission fordert die internationale Vereinigung an, möglichst bald eine Konferenz der interessierten Staaten einzuberufen, mit der Aufgabe, eine Verständigung über die Einführung der Arbeitsstundenbeschränkung in der Eisen- und Stahlindustrie zu erzielen. Die Annahme dieser Resolution wurde durch die Erklärung des französischen Delegierten gefördert, der erklärte, daß die französische Regierung die Frage der Arbeitsstundenbeschränkung in gewissen Industrien mit ununterbrochenem Betrieb für prinzipiell hält, wo die Arbeiter mehr als zehn Stunden am Tage oder mehr als 60 Stunden in der Woche arbeiten müssen und eine internationale Regelung beabsichtigt.

**Arbeiterversicherung.**

Die Arbeiterversicherung im Jahre 1912. Das Reichsversicherungsamt veröffentlichte seinen Geschäftsbericht über das Jahr 1912. Er bietet wiederum eine Fülle interessanter statistischer Materialien über den neuesten Stand unserer Sozialpolitik. Das Reichsversicherungsamt berichtet zunächst über die Arbeiten zur Durchführung der Reichsversicherungsordnung. Die Maßnahmen der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherer für das Jahr, deren Zahl zugeteilt 264 beträgt, sollen im Herbst 1913 stattfinden. Das Zusammenwirken mit den Vereinen des Reichsverbandes auf dem Gebiete der ersten Hilfe habe zu guten Ergebnissen geführt. Das Reichsversicherungsamt ist auf einer großen Anzahl von Kongressen usw. vertreten gewesen.

Was speziell die Unfallversicherung anbelangt, so wird angeführt, daß im Jahre 1912 insgesamt 114 Berufsgenossenschaften mit 6177 923 Betrieben und 27 025 599 versicherten Personen bestanden haben. Dazu kommen noch 343 Versicherungsstellen mit 1 001 071 Versicherten, welche die Unfallversicherung selbstständig durchführenden Kirchen betreiben. In der ersten Hälfte des Jahres 1912 wurden 742 472, die der erstmalig erscheinenden auf 137 455. Im Jahre 1911 waren die entsprechenden Zahlen 716 581 und 132 114. Die Zahl der Unfälle überhaupt hat demnach nicht mehr zugenommen als die der entschädigten. Die im Jahre 1912 veranlaßten Entschädigungen betrugen 170 532 981 Mk. gegen 165 370 823 Mk. im Jahre 1911. Es wurden im Berichtsjahr Entschädigungen gezahlt oder angewiesen an 905 785 Verletzte, 91 499 Witwen, 115 382 Kinder und Entgelte Geschädigter. Daraus erhielten 15 171 Ehefrauen, 32 920 Kinder und 249 junge Verwandte als Angehörige von Verletzten, die im Krankenhauses untergebracht waren, Unterhaltungen, so daß im Berichtsjahr insgesamt 1 148 403 Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung erhielten.

Der Bericht spricht sich ferner ausführlich über die Reichspräsidentenwahl in der Unfallversicherung. Im Jahre 1912 wurden von den Berufsgenossenschaften 24 655 berufsunfähige Verletzte erlassen. Darunter befanden sich allein 155 842 (43,7 Proz.), welche eine Grundbesetzung ansprachen, wegen angeblicher Verletzung der Verhältnisse. Bei den Schlichtungsverfahren für Arbeiterversicherung wurden insgesamt 117 805 Streitigkeiten unabhängig gemacht (Verurteilungen eingeleitet usw.). Davon entfielen 69,5 Proz. auf die gewerbliche und 30,5 Proz. auf die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Streitigkeiten nur ein wenig (um 0,4 Proz.) abgenommen. Durch Urteil der Schlichter wurden 89,6 Prozent der Streitigkeiten erledigt, durch Vergleich 3,7 Prozent. Klagen an das Reichsversicherungsamt gingen 23 001 ein gegen 24 346 im Vorjahr. Die Richtersamkeit ist in gewöhnlichen Unfällen viel größer als in landwirtschaftlichen. Das Reichsversicherungsamt nahm in 1269 Sitzungen 1912 mündliche Verhandlungen der Streitigkeiten vor. Allein in 65,9 Proz. der Sachen handelte es sich um Rentenveränderung, und zwar fast ausschließlich Herabsetzung.

Auf dem Gebiete der Kranken-, Jubiliden- und Hinterbliebenenversicherung wird zunächst über die Ausarbeitung der Musterstatuten für die Krankenkassen, die Anleitung über den Kreis der gegen Jubiliden- und Krankheit versicherten Personen usw. berichtet. Die Durchführung der Reichsversicherungsgesetzgebung auf diesem Gebiete erforderte viele Verfügungen, Erlasse usw. Am 1. Januar 1913 liefen 1 071 600 Renten, und zwar 36 324 Jubilidenrenten, 15 305 Krankenrenten und 90 071 Hinterbliebenenrenten. Seit Inkrafttreten der Jubilidenversicherung bis Ende 1912 wurden überhaupt 2 761 270 Jubiliden-, Kranken- und Hinterbliebenenrenten gezahlt, von denen allerdings der größte Teil wieder in Kapital genommen ist. Der Gesamtbestand der bis Ende 1912 gezahlten Entschädigungen belief sich auf 272 Millionen Mk. Davon entfielen auf das Berichtsjahr 203 Millionen Mk.

Die Ermahnung an Beiträger ist von 268 000 Mk. im Jahre 1911 auf 270 000 Mk. im Jahre 1912 zugenommen. Dieses außerordentliche Ansehen ist in erster Linie auf die mit dem 1. Januar 1912 eingetretene Beiträgerhöhung zurückzuführen. Das Vermögen der Krankenkassen in der Jubilidenversicherung ist Ende 1912 auf 1 400 000 Mk. angewachsen. Davon entfielen 31,5 Proz. in Kapitalanlagen. Dieses Vermögen wird durch zweckmäßiges Einsetzen in geeignete Anlagen, namentlich in Aktien- und Rentenrenten, aufzubehalten. Das Reichsversicherungsamt hat wieder eine kleine Ausschüttung erwirkt, ebenso die Jubilidenrenten. Die Zahl der in Jubiliden-

unfähigem Untergraben sind beispielsweise von 1907 Ende 1911 auf 4431 Ende 1912. Darunter befinden sich 1208 Invaliden, mehr als die Hälfte der Jubilidenrenten.

Von den Versicherungsbeiträgern wurden 1912 insgesamt 222 193 berufsunfähige Verletzte erlassen. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine kleine Vermehrung. Allein 50,5 Prozent der Verletzte betreffen Jubilidenrenten, jedoch 6,1 Proz. Krankenrenten und 13,4 Proz. Hinterbliebenenrenten. In 15 148 Fällen (11,3 Proz.) wurde die neue Rentenberechnung gewährt. Der Zahl nach wurden im Berichtsjahr 3921 Witwenrenten und 13 962 Rentenrenten, außerdem in 4118 Fällen das Witwengeld und in 108 Fällen die Witwenrenten. Die ganze Hinterbliebenenversicherung wird von dem Reichsversicherungsamt einheitlich behandelt. Es ist ja auch kein Aufhebens damit zu machen.

Gegen die Reichsversicherung der Versicherungsanstalten wurden 33 386 Berufungen an die Schlichter für Arbeiterversicherung eingeleitet, gegen 33 702 im Jahre 1911. 82,8 Prozent wurden durch Urteil erledigt, der Rest durch Vergleich usw. Beweisunterlagen fanden in 12 636 Sachen statt, darunter in 11 714 Sachen durch Vernehmung anderweitiger ärztlicher Gutachter. Gegen die Urteile der Schlichter wurden 3069 Revisionen beim Reichsversicherungsamt im Jahre 1911 waren es 3039; es hat also eine Abnahme um 1,6 Proz. stattgefunden. Die Rentenberechnungen sollen angeblich abgenommen haben. In Jubilidenversicherungsangelegenheiten hat das Reichsversicherungsamt in 4551 Fällen Urteile erlassen. Die Reichspräsidentenwahl ist im allgemeinen auch im Berichtsjahr wieder für die Versicherer günstiger geworden.

Unter den Klagen in der Unfallversicherung und den Streitigkeiten in der Jubilidenversicherung (die Reichspräsidentenwahl in der Arbeiterversicherung wird dem Reichsversicherungsamt im Jahre 1912 unterstellt) waren noch zahlreichere Berufungen zu erledigen, und zwar 8100 aus der Unfallversicherung und 3196 aus der Jubilidenversicherung. Es handelt sich hier um die Genugthuung der Arbeiter für die Beitragszahlung in der Unfallversicherung (Einführung in die Gesetzgebungen), Beitragszahlung in der Jubilidenversicherung usw.

In zahlreichen Fällen (im Berichtsjahr z. B. in 1736) wurden für die betreffende Unfallversicherung Zuschüsse im Jahre 1912 durch die Unfallversicherung zu leisten. Das Reichsversicherungsamt hat auch in den meisten Fällen nicht helfen. Den betreffenden Verletzten ist der gute Rat gegeben, sich lieber an das ihnen zunächst gelegene Arbeitertribunal zu wenden.

**Politisches, Gerichtliches.**

Schadenersatz wegen Verstoß. Das Reichsgericht hat in letzter Sitzung des Reichsgerichts zur Zahlung von 36 000 Mk. Schadenersatz verurteilt, weil es eine Händlerin hinführte, hatte und diese dadurch in Verlust geraten war. Eine Heiner Händlerin mit Prokure in Berlin hatte mit dem Reichsverband deutscher Prokuristenvereine in Berlin einen Vertrag geschlossen, wodurch sie sich verpflichtete, ihren gesamten Bedarf von dem Reichsverband zu übernehmen. Nach einigen Jahren hatte sie aber den Vertrag übertritten, indem sie anderweitig Prokure bezog, und war deshalb mit dem Reichsverband befeindet. Die Sperre wurde später gegen Zahlung von 1000 Mk. aufgehoben, sie erhielt wieder Prokure geliefert. Da sie aber noch einmal den Vertrag übertritten, wurde sie nunmehr vollständig gesperrt, und es gelang ihr nicht, den Bedarf von Prokure für ihr Geschäft zu beziehen. Sie wußte den Schaden anmelden, hatte jedoch vorher dem Reichsverband ihre namige Lage geschildert und um Aufhebung der Sperre gebittet. Der Reichsverband lehnte dies ab, wollte aber die Sperre gegen Zahlung einer Summe von 2000 Mk. aufheben. Das Reichsgericht hat zunächst den Grund des Schadenersatzanspruches für gerechtfertigt erklärt, dann aber auch den Reichsverband zur Zahlung des vollen Schadenersatzes verurteilt, indem es die Sperre als rechtmäßig erklärte. Die vorgenannte Sperre wurde durch den Reichsverband herbeigeführt; ein Verstoß mit dem Reichsverband ist aber unzulässig. Der Reichsverband konnte sich nicht damit entschuldigen, daß er die Lage der Händlerin nicht gekannt habe, denn er sei darauf hingewiesen worden. Die Aufhebung des Verbots gegen Zahlung von 2000 Mk. ist aber ein unzureichendes Verlangen und keine auch den Reichsverband nicht von seiner Schadenersatzpflicht; es ist festzuhalten, daß die Händlerin durch die Sperre in Schaden geraten ist, so mußte auch der Reichsverband die Folgen tragen.

**Literarisches.**

Der Kampf um die Arbeiterversicherung der Stadt Charlottenburg, verfaßt von Emil Hübner, enthält in 48 Seiten eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Arbeiterversicherung in der Stadt Charlottenburg, die ein reichhaltiges Material für jeden Sozialpolitiker in sich birgt und zur Anregung für die kommunistische Arbeiterversicherung von Nutzen ist. Die Schrift ist zu beziehen von Otto Flemming, Charlottenburg, Reichsstraße 13 (Charlottenburger Grenzschloß-Kommunion) zum Preise von 25 Pf. pro Stück.

Die Arbeiterversicherungsgesetzgebung und Arbeiterversicherung für Invaliden. Gemeinverständlich organisiert dargestellt mit einer kritisch-gehaltigen Einleitung von Rich. Sipinski. 32 Seiten, 20 Pfennig. Verlag von Rich. Sipinski, Leipzig.

**Internationales Sekretariat.**

Da über die Handhabung der Unterstützungszahlungen in ausländischen Verbänden Klarheit zu herrschen scheint und die jugendlichen Mitglieder nicht selten Unterhaltungen brauchen, möge sie nicht beunruhigt sein, so beachte man nachfolgende Grundzüge: 1. Ein arbeitenden Mitglied erhält in den dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbänden die monatliche Arbeitslosenunterstützung desjenigen Landes, in welchem es sich befindet. In dieser Zeit eingetretene Grundbesitzer dann nicht. Sie ist der Arbeitslosigkeit gleich zu setzen.

2. Das Mitglied eines Landesverbandes, das nachweislich als Kranker in den Bereich eines fremden Verbandes kommt, erhält vom letzteren keine Unterstützung, vielmehr bezahlt der eigene Verband, dessen Mitglied der Betreffende ist, die statutarische Krankenunterstützung. Selbstverständlich ist der vorgeschriebene Nachweis der Krankheit und ihre Anmeldung erforderlich.

3. Streit-, Maßregelungs-, Umzugs- und dergleichen Unterstützungen werden nur von dem Verband bezahlt, in dessen Bereich der Streit, die Maßregelung ufm. stattgefunden haben.

4. Selbstverständlich werden Sterbe-, Invaliden- und sonstige besondere Unterstützungen nur von dem Verband bezahlt, dem das Mitglied angehört, dessen noch gültiges Mitgliedsbuch es also besitzt.

Der Sekretär der Hauptstelle Milwaukee des amerikanischen Verbandes ersucht darauf hinzuweisen, daß in letzter Zeit verschiedentlich Mitglieder europäischer Verbände mit und ohne Internationale Reisefarte zugereist kommen. Er macht darauf aufmerksam, daß in den großen Exportbrauereien in Milwaukee absolut nichts zu holen sei. Im Sommer sei eine große Anzahl Leute nötig, die aber im Winter rücksichtslos ausgestellt würden und viele Wochen lang auf der Straße liegen und in die größte Not geraten.

Er betont ferner, daß Kollegen, welche nicht mit der Internationalen Reisefarte — die erst nach zweijähriger Mitgliedschaft ausgestellt werden kann — versehen sind, überhaupt keine Berücksichtigung finden.

Alle auswanderungslustigen Mitglieder mögen das beachten und besonders die große Bierstadt Milwaukee meiden. Der Sekretär. M. Ebel.

Verbandsnachrichten.

Herausgegeben, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“ Berlin N. 27, Schillerstraße 6 IV, Fernsprecher: Post-Königsplatz 273.

Diese Woche ist der 23. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Beizte Stelle.

Die in Nr. 20 der Verbandszeitung ausgedruckte Stelle eines Geschäftsführers für die Hauptstelle Magdeburg ist besetzt. Den Bewerbern besten Dank.

Schlussurteil und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher.

Johannes Freier, Brauereiarbeiter, Buch-Nr. 46 004, geb. 7. Oktober 1870 zu Kalkenhof, eingetr. 9 Mai 1908 in Aachen;

Andreas Schmidt, Brauer, Buch-Nr. 80 765, geb. 8. Oktober 1887 zu Rorschach, eingetr. 12. Oktober in Ingolstadt;

Marie Fuß, Flaschenzellerarbeiterin, Buch-Nr. 9683, geb. 12. Oktober 1885 zu Goytschen, eingetr. 21. Februar 1911 in München.

Kay Konrad, Mühlenarbeiter, Buch-Nr. 74 128, geb. 30. September 1889 zu Magdeburg, eingetr. 10. August 1912 in Magdeburg.

Benachteiligte Kollegen haben Duplikate erhalten; nur diese haben Gültigkeit.

Gelebte Mitglieder.

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut ausbezahlten Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt.)

Berlin: Albert Reinhardt, Arbeiter, 42 Jahre (60 Mk.); Conrad: Albert Schmidt, Brauer, 28 Jahre (45 Mk.); Berlin: Richard Hoff, Fahrer, 25 Jahre (15,15 Mk.) und Johann Lohr, Brauer, 39 Jahre (90 Mk.); Straßburg: Jakob Schneyer, Fahrer, 34 Jahre (45 Mk.); Landshut: Franz Sauerbrey, Arbeiter, 54 Jahre (75 Mk.); Breslau: Hermann König, Bäcker, 39 Jahre (200 Mk.).

Eingänge der Hauptkasse

am 26. Mai bis 1. Juni.

Reise 150,-; Leipzig 1,-; Stuttgart 270,-; Gießen 210,-; Wetzlar 7,-; Berlin 3,-; Magdeburg 30,-; Essl. i. H. 120,41; Berlin 3,-; Lüneburg 219,51; Flauen i. R. 200,-; Romm 200,-; Halberstadt 150,-; Reizen 150,-; Bad Müling 210,-; Berlin 3,-; Nürnberg 110,-; Nürnberg 60,-; Nürnberg 4,-; Eichen 100,-; Romm 300,- Mk.

Die Überweisung für das 1. Quartal haben eingefandt: Essl. i. H. und Wetzlar i. H.

Materialeinband.

Nürnberg i. H. 400 Mark a 50 Pf. und 50 Mark a 30 Pf. Lüneburg a. H. 400 Mark a 50 Pf. Berlin 20 000 Mark a 50 Pf. Ludwig 40 Mitgliedsbücher. Bonn i. H. 1000 Mark a 50 Pf. Berlin i. H. 10 Mitgliedsbücher. Graben 10 Mitgliedsbücher, 400 Mark a 50 Pf. und 100 Mark a 30 Pf. Alfeld 600 Mark a 50 Pf. Halberstadt 400 Mark a 50 Pf. Romm 500 Mark a 50 Pf. und 500 Mark a 30 Pf. Thüringen 20 Mitgliedsbücher. Graben 20 Mitgliedsbücher. Graben 50 Mark a 50 Pf.

Aus den Bezirken und Hauptstellen.

Berlin. Die Hauptstelle Berlin hat bei dem Reichsgericht Berlin unter der Firma Kay Konrad ein Reichsgericht am 16. 5. 1913 erlassene Abstreiferte Patente sind im Bureau, München 19, zu haben.

Fürth. Alle Zuschriften die Hauptstelle betreffend, sind bis zum 26. 6. 1913 an Kollegen Herrn Strohmeier, Simonsstraße 3, Hof, zu richten.

Grabow. Vorsitzender: B. Kramer, Tiefenbamm 17.

Nürnberg. (Sterbefälle.) In die Hinterbliebenen nachstehender verstorbenen Mitglieder wurden seit Januar folgende Sterbeunterstützungen ausbezahlt: M. Starck 240 Mk., Fr. Brandl 140 Mk., Joh. Schiner 200 Mk. — Bei dem nächsten Eintreffern der Verbandsbeiträge kommt die dritte Sterbeumlage zur Einhebung.

Veranstaltungsanzeigen.

Freitag, den 6. Juni.

Lippinghausen. 6 1/2 Uhr: bei Niebur, im „Krug“.

Sonnabend, den 7. Juni.

Amsterdam. 8 Uhr: bei Ruybaumer, Brolijkstraat 101.

Arzberg. 8 Uhr: „Schlottenhof“.

Fugsburg. 8 Uhr: „Wittelsbacher Hof“.

Bielefeld. 8 1/2 Uhr: „Eichenhütte“. Besonders Mineralwasserarbeiter zur Stelle.

Göppingen. 8 Uhr: „Dreikönige“.

Güterloh. 7 1/2 Uhr: bei Grundmann.

Hof. 8 Uhr: „Schützenhalle“.

Ingolstadt. 7 1/2 Uhr: „Zur Farbe“.

Kattowitz. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Leipzig. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Münchlingen. 8 Uhr: bei Wolf in Pullingen.

Sangerhausen. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Salzhut. 8 Uhr: „Zum wilden Mann“.

Sernigrode. 8 1/2 Uhr: „Volksgarten“.

Sonntag, den 8. Juni.

Abensberg. 4 Uhr: „Vereinslokal“.

Aichersleben. 3 Uhr: bei Hornidell.

Aurich. 3 Uhr: bei Lübben, am Gajen.

Bamberg. Vormittags 10 Uhr: bei Nöth, Schillerplatz.

Beraburg. 3 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Chemnitz. 2 1/2 Uhr: „Volkshaus“.

Cottbus. 3 Uhr: bei Brauer, Dittmerer Straße 18.

Dingsding u. Umg. Vormittags 10 Uhr: „Hirschenwirt“.

Döbeln. 3 Uhr: „Muhdenterrasse“.

Döberg. Vorm. 10 Uhr: bei Diemerl, Bänder Feldmarkt.

Essen a. Ruhr. 3 Uhr: bei v. d. Loo.

Fürthensdorf. 3 Uhr: bei Junglutz.

Freiburg i. B. 2 Uhr: bei Höflich, Weberstr. 12.

Gernrode a. S. Abends 8 Uhr: „Stadtparl“.

Göttingen. Abends 8 Uhr: „Kaiserhalle“.

Grabow. Abends 8 1/2 Uhr: „Deutsches Haus“.

Halbe. 4 Uhr: „Volkspart“, Burgstr. 27. Volksfürsorge.

Referent: Gelhaar.

Nachruf.

Am Freitag, den 30. Mai, starb infolge Herzschlag unser langjähriges Mitglied, der Kollege Hubert Langenberg im Alter von 44 Jahren. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Zahlstelle Dortmund.

Nachruf.

Im Alter von 23 Jahren nach plötzlich am 26. Mai unser treuer Kollege

Anton Scherer.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der Zahlstelle Köln-Mülheim.

Unserem Kol. Alois Thiene und Fräulein Martha Scholz zur Vermählung am 7. Juni die herzlichsten Glückwünsche. Die Brauer der Schachtelbräuererei, Abt. 5. Breslau.

Unserem Kol. Jos. Berger, Nachruf, nebst Frau Maria, geb. Krabacher, zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Verbandskollegen vom Schachtelbräu, Bad Müling.

Unserem langjährigen Vorstehenden Martin Weininger danken wir für seine Opferwilligkeit und Wünsche ihm bei seiner Uebernahme nach Leipzig viel Glück zu seinem neuen Unternehmen. Zahlstelle Fürth.

Joseph Koch, Brauer aus Niederwiesenthal. Um dessen Adresse bitten Vorstehender Engel. Weislingen a. St., Brauerei zum Kreuz.

Commer Alois, geboren 1873 zu Rammensdorf, Bierbrauer. Um Mitteilung dessen Aufenthaltsortes ersucht die Städt. Zentrale für Jugendfürsorge in Mainz.

Kleiderfabrik und Weberei E. Fritsche, Niederwiesenthal i. S.

versendet franco beste Werkstoffe, gestreift, echt schwarz, etc. Dreibrühllederhosen mit Lederkappe, 6 RM. Dreibrühllederhose 15 RM. 114,50 RM. 113,50 RM., sowie Eisenreife Samtmanchesterhosen. Musterkatalog franco. Vertretung sehr lohnend.

Die beste Bezugsquelle für wirklich brauchbare und extra starke Holzschuhe und Stiefel in den allerneuesten Modellen sowie sämtliche Bedarfsartikel in Arbeitssachen, Wäsche, Krüge, Leder-, Strumpfwaren, etc. Preisliste gratis.

Joh. Dohm, Kiel, Wichtelstraße 12, Spezialgeschäft für Brauereiarb.

Zugnisabdrücken.

Gefertigter empfiehlt sich den Herren Kollegen zur Anfertigung von laubenen Zugnisabdrücken und Bewerbszettelchen, in laubener Hand oder Maschinenarbeit. Ein Duzend Abdrücken 3,- RM., einzeln 0,30 RM. Alois Dreuter, Brauer, Reustadt a. d. Saale. Prospekt grat.

Vergnügungsanzeigen.

Hamburg. Sonntag, den 16. Juni. Dampfzer-Fahr. Abfahrt mittags 11 1/2 Uhr von den St. Pauli-Landungsbrücken, Brücke 6.

Dresden. Sonntag, den 15. Juni 1913.

Grosse Schweiz-Partie

Abfahrt vom Hauptbahnhof 6 Uhr morgens (Sonntag 5,45), mit der Bahn bis Schöna, Ueberlegen nach Herrnhutten, herrlicher Weg bis zur Bootstation, Bootsfahrt durch die reizende Schöner See (Prüßchen), über Schöner See nach Reitzwiese (90 Min. Fahrt), weiter auf dem Sächsischen Meer nach Freyburg (1 Stunde Fahrt), großer Bäderort (90 Minuten Aufenthalt) nach Schmilla Rückfahrt nach Freyburg mit Dampfboot oder per Bahn der gleiche Fahrpreis pro Person 3,20 RM. 24 Stunden von Schmilla mit Schiff 6,20 Uhr, mit Boot 7,05 Uhr abfahren. — Karte 15 Pfennig — Um die „Schöner See“ der Sächsischen Schweiz zu erleben, eruchen wir die Kollegen, anzuregen, teilzunehmen. Bei zahlreicher Beteiligung ersucht das Komitee.

Sameln. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Heilbrunn. 8 Uhr: „Zur Rose“. Kaiserlautern. 2 Uhr: „Fröhliche Pfalz“. Kolberg. 3 Uhr: „Vereinslokal“. Landsberg a. M. 3 Uhr: bei Daber, Moltkestr. 18. Lüneburg. 4 Uhr: bei Kreisler, Vor dem roten Tor. Mülhader-Maulbrunn. 3 Uhr: „Zum Adler“ in Dienzingen. Neuhaldensleben. 3 Uhr: bei Herzog. Osterode a. S. 3 Uhr: „Schützenhaus“. Pöfned. 2 1/2 Uhr: bei Keller. Potsdam. Abends 7 1/2 Uhr: „Vereinslokal“, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. Rosenheim. Vormittags 10 Uhr: „Siernengarten“. Roth. 3 Uhr: bei Rothelfer. Rottweil. 2 1/2 Uhr: „Zur Siegeshalle“. Schönebeck. 3 Uhr: „Feldschlösschen“. Sonneberg. 3 Uhr: „Linderhof“. Steinhagen. 4 Uhr: „Wirtschaft auf der Brade“ in Obersteinhagen. Alle Brennereiarbeiter erscheinen. Referent: Brülling-Dortmund. Traunstein. 1 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Tuttlingen. Vormittags 10 Uhr: „Zum Falken“. Weierfen. 3 Uhr: „Zentralhalle“. Unna. 4 Uhr: bei Dieß, Flügelstraße. Wörlitz. 3 Uhr: bei Caspelmann, Mühlenarbeiter mitbringen. Wasserburg. „Gasthaus Salzeder“. Werber. „Schwarzer Adler“, Fischstr. 98. Witten. 3 Uhr: bei Rotemeier. Dienstag, den 10. Juni. Offenburg. 8 1/2 Uhr: „Im Anker“. Rathenow. 8 1/2 Uhr: bei Reichard. Mittwoch, den 11. Juni. Garburg a. E. 8 1/2 Uhr: bei Dringelburg. Rasthof. 8 1/2 Uhr: „Philharmonie“. Donnerstag, den 12. Juni. Stettin. 8 Uhr: „Volkshaus“. Freitag, den 13. Juni. Rürnberg. 8 Uhr: „Historischer Hof“, Neuegasse. Sonnabend, den 14. Juni. Plauen i. S. 9 Uhr: „Schillergarten“. Sonntag, den 15. Juni. Rochum. 4 Uhr: bei Pröter, Berner Straße 11. Eisleben. 4 Uhr: „Vereinslokal“. Esarbrüden. 3 1/2 Uhr: „Livolli“.

Wasserdichte Holzschuhe niedrige und hohe mit Schnallen, nur Selbstfabrikate, nicht m. and. Systemen zu vergleichen. Desgl. Kältejacken und Lederfell. Gebr. Wittber, Copitz a. E.

Stoffe direkt an Private

zu Anzügen, Paletots, Hoien. Stets das Neueste in prächtvoller Auswahl; durch enorme Preisunterstützungen große Ersparnisse! — Machen Sie einen Besuch, ich sende Muster sofort kostenfrei und ohne Kaufzwang. Tuchausstellung Emil Hohlfeldt Dresden 6. Mitglieder des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter erhalten 10% Rabatt.

Brauer Deutschlands!

Prima Lederhose mit Lederkappe 8,50, Weste 4,50, Jackett mit warmem Futter 16 RM. Lederhose III (Drabgewebe) mit Lederkappe 6,50, Weste 3,50, Jackett 12 RM. Lederhose (Sorte II) 5,50, Weste 3, Jackett 11 RM. Mancheiter (Sorte I), Hosi mit Lederkappe 8,50, Weste 4,50, Jackett 16 RM. Mancheiter (Sorte II), Hosi mit Lederkappe 7, Weste 3,50, Jackett 14 RM. Versendet nach allen Orten Deutschlands und des Auslandes. Schrittlänge und Brustweite genügt für guten Sitz. Bei Bestellungen von 10 RM. an frei ins Haus. Katalog frei.

Emil Hohlfeldt, Spezialfabrik für Berufskleidung, Dresden N., Ritterstr. 2 u. 4.

Garantie Modell 1912-13.

Für Brauer das Beste! Auch Gummizug- u. Schaffstiefel usw. Von 2 Paar an franko. Verlangt Katalog! — Kollegen als Wiederverkäufer gesucht. Viele Anerkennungs schreiben. Garantiert beste Ware! — Preis 4 Mk. Bei Bestellung von 12 Paar und mehr auf einmal 2 Paar 3,60 RM. gratisfrei. Josef Urban, Kötzing, N.-B.

Neu verbessertes Modell 1913 mit geschloss. Lasche per Paar 4 Mk. besohlt 5 Mk. Bei 2 Paar 1/2, 3 Paar franko Inland. Leder-Fersenschoner Sehr haltbar. Per Paar 80 Pf. Geoz. gesch. Nr. 163 378. Ständig einltd. freiwillige Anerkennungen. Georg Herr, Holzschuhfabrik Frankfurt a. M. Geinhausergasse 5. Neue Preisliste gratis. Gegründet 1851.